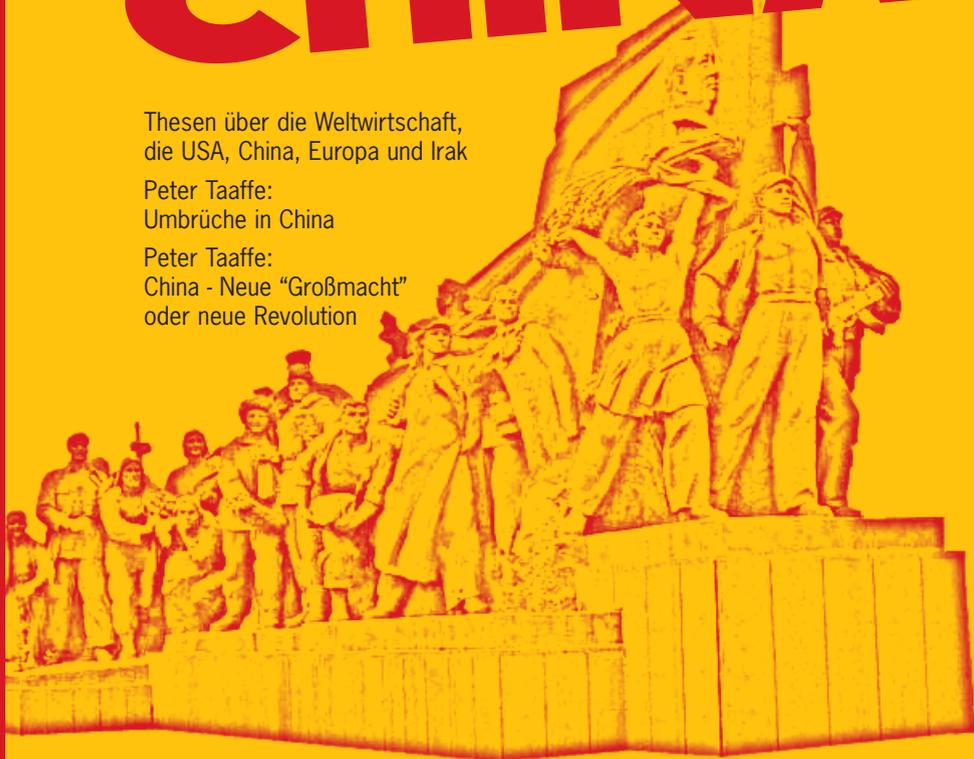


WOHIN GEHT CHINA?

Thesen über die Weltwirtschaft,
die USA, China, Europa und Irak

Peter Taaffe:
Umbrüche in China

Peter Taaffe:
China - Neue "Großmacht"
oder neue Revolution



Sozialistische Linkspartei



Sozialistische
Alternative

Gewidmet den Millionen Kolleginnen und Kollegen, die in China tagtäglich bei ihrer Arbeit und ihren Kämpfen ihr Leben riskieren.

WOHIN GEHT CHINA?

Eine Broschüre von SLP und SAV

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNG	5
THESEN ÜBER DIE WELTWIRTSCHAFT, DIE USA, CHINA, EUROPA UND IRAK	8
UMBRÜCHE IN CHINA	30
CHINA – NEUE “GROSSMACHT” ODER NEUE REVOLUTION?	56

1. Auflage, April 2006

Besten Dank an die GenossInnen in Deutschland und Österreich für
Übersetzung, Lektorat, Satz und Layout.

Impressum:

Medieninhaberin, Herausgeberin, Verlegerin:

SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Druck: Digidruck, Wien

VORBEMERKUNG

China ist aus vielerlei Hinsicht eine nähere Untersuchung wert: 1,3 Milliarden Menschen, ein Land von der Größe eines Kontinents und seit längerer Zeit eine boomende Wirtschaftsmacht. Ein Auseinandersetzung mit den Perspektiven für die politische und wirtschaftliche internationale Entwicklung ist ohne eine nähere Betrachtung von China unmöglich. Im Dezember 2005 ging die Sensationsmeldung durch alle Medien, dass Chinas Wirtschaft 2004 um 16,8% gewachsen ist und damit Italien von Platz 6 der größten Industrieländer verdrängt hat. International wird China als die Rettung für die schwächelnde Weltwirtschaft propagiert. Ähnliche Hypes haben wir immer wieder gesehen: in den 80er Jahren war es das Wirtschaftswunder Japan, in den 90er Jahren die New Economy bzw. die asiatischen und später lateinamerikanischen Tiger und Drachen. China wird diese Entwicklungen nicht zuletzt aufgrund seiner Größe nicht einfach wiederholen und hat spezielle Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Dass es dadurch aber die marode Weltwirtschaft auf Dauer wird retten können, ist ausgeschlossen.

Der Schwachpunkt bei den Analysen kapitalistischer Kommentatoren ist ihr Unverständnis der Widersprüche des Kapitalismus zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der privaten Aneignung. Dieser Widerspruch zeigt sich in China u.a. im Auseinanderklaffen zwischen einem schier unermesslichen Arbeitskräftepotential, dem allerdings weit weniger Konsumenten gegenüberstehen. Die niedrigen Löhne, die China als Produktionsstandort so interessant machen (und auch zum Stellenabbau in den entwickelten kapitalistischen Ländern führen), werden zu einem Eigentor, wenn es um den Verkauf der massenhaft erzeugten Güter geht. Darüber hinaus verschärft Chinas Produktion für den Weltmarkt die schon jetzt existierende weltweite Überproduktion (im Verhältnis zu dem was sich die Menschen leisten können, nicht was sie brauchen) und fügt zusätzliche Produktionskapazitäten hinzu. Ein weiterer Faktor, der die ökonomischen Widersprüche nicht wird lösen können – sondern sie im Gegenteil noch verschärft.

Dazu kommt die soziale Dimension der kapitalistischen Entwicklung die enorme Sprengkraft birgt: Millionen WanderarbeiterInnen, Arbeitsbedingungen in den Sonderwirtschaftszonen, die an die schlimmsten Zustände der Industrialisierung in Europa erinnern und die brutale

Niederschlagung von Protesten von enteigneten KleinbäuerInnen und ausgebeuteten ArbeiterInnen.

In dieser Broschüre veröffentlichen wir drei Texte, die versuchen, abseits vom bürgerlichen Mainstream eine sozialistische Analyse der Situation und der Perspektiven insbesondere für China, zu geben. Der erste Text sind die "Thesen für die Weltwirtschaft", die vom Internationalen Exekutivkomitee des CWI im Dezember 2005 verabschiedet wurden. Seither ist viel geschehen, der Text ist aber in seinen Kernaussagen und insbesondere in seiner Analyse Chinas hochaktuell. In Bezug auf die jüngeren Entwicklungen (Wahlsieg von Morales in Bolivien sowie der Hamas in Palästina, das Koma von Sharon, die weltweiten "Karikatur-Aufstände und die Streikbewegung in Deutschland" möchten wir auf entsprechende Artikel und Stellungnahmen auf unseren Homepages verweisen: www.socialistworld.net * www.sozialismus.info * www.slp.at). Die zwei weiteren Texte wurden beide von Peter Taaffe, dem Generalsekretär der Sektion von England und Wales des CWI, verfasst. "Umbrüche in China" stammt aus dem April 2005 und beschäftigt sich mit der militärischen Rolle Chinas und ev. drohenden militärischen Konflikten in der Region, u.a. rund um die Taiwan-Frage. "China – neue ‚Großmacht‘ oder neue Revolution?" wurde im Oktober 2005 veröffentlicht und bietet einen Überblick über die jüngeren Entwicklungen.

Als SozialistInnen stehen wir den Entwicklung nicht gleichgültig oder neutral gegenüber. Wir stehen auf der Seite der Interessen der internationalen ArbeiterInnenklasse, und im speziellen auf der Seite der chinesischen ArbeiterInnenklasse, die für die kapitalistische Entwicklung auch einen hohen und blutigen Preis bezahlt. Ein wichtiger Teil der Texte beschäftigt sich daher mit der chinesischen ArbeiterInnenklasse. Die europäischen Medien zeichnen oft das Bild der genügsamen, braven, asiatischen ArbeiterInnen, um europäische ArbeiterInnen und ihre Forderungen in die Schranken zu weisen. Nicht zuletzt Chinas Geschichte und Gegenwart zeigt, wie falsch dieses Bild ist. Es gab mehrere Revolutionen in China, die letztlich trotz der immer wider bremsenden Rolle der stalinistischen Bürokratie in der Sowjetunion und in China zum Sturz des Kapitalismus führten. Es gibt jährlich tausende Streiks und Demonstrationen von BäuerInnen und ArbeiterInnen. 1989 hat Chinas Jugend am Platz des Himmlischen Friedens protestiert. Im Gegensatz zur Darstellung der westlichen Medien wurde damals nicht "für Kapitalismus" sondern "für Demokratie" gekämpft und gestorben. Die blutige Niederschlagung ist auch eine wichtige Erfahrung für die kommenden Kämpfe. Denn dass sich die chinesische ArbeiterInnenklasse erheben wird, ist sicher. Und es ist unsere Aufgabe, die Ursachen dafür zu analysieren und uns

politisch darauf vorzubereiten, die entstehenden Gewerkschaften und sozialistischen Organisationen zu unterstützen, vor Illusionen in bürgerliche “Bündnispartner” und Lösungen zu warnen und in unseren eignen Ländern Solidarität zu organisieren. Um dieses Verständnis für die Bedeutung Chinas auf politischer und wirtschaftlicher Hinsicht auch für die österreichische und deutsche ArbeiterInnenklasse zu fördern, geben wir diese Broschüre heraus. Wir möchten Dich aber auch Auffordern, nach dem Lesen selbst aktiv zu werden in einer sozialistischen Organisation, die weltweit für den Sturz des Kapitalismus eintritt – beim CWI.

Aron Amm (CWI-Deutschland)

Sonja Grusch (CWI-Österreich)

THESEN ÜBER DIE WELTWIRTSCHAFT, DIE USA, CHINA, EUROPA UND IRAK

Dieser Text wurde bei der Sitzung des Internationalen Exekutivkomitees des CWI im Dezember 2005 diskutiert und beschlossen.

1. Selten in der Geschichte des Kapitalismus waren die Perspektiven für einzelne Länder oder sogar ganze Kontinente in einem so starken Maße von internationalen Ereignissen und Prozessen beeinflusst oder gar bestimmt. Diese aktuelle Phase der kapitalistischen Globalisierung hat einige Ähnlichkeiten – obwohl gleichzeitig Unterschiede bestehen – zu der “Globalisierung” (obwohl der Begriff damals noch nicht bekannt war) des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, dessen katastrophale Folge der Erste Weltkrieg war. Kennzeichnend für diese Periode war der Export von Kapital in die “Kolonien”, die zu geschützten Märkten und Quellen für billige Rohstoffe wurden. Dies führte zu ständigen Positionskämpfen und Konflikten zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten. Dieser Kampf konnte letztendlich nur durch einen Krieg entschieden werden.
2. Es sind natürlich in der aktuellen Situation einige Merkmale der damaligen Periode zu finden: ein erbitterter Kampf imperialistischer Mächte um Ressourcen, vor allem um Öl, ein wirtschaftlicher Wettstreit um Vorteile und Vorherrschaft, begleitet von militärischen Konflikten und Interventionen, wie dem Irak-Krieg. Dies manifestiert sich am deutlichsten in dem sich entwickelnden Konflikt zwischen den USA und China, der die globalen Entwicklungen in der nächste Zeit dominieren wird. Auch wenn die Gefahr eines größeren inter-imperialistischen Konfliktes bewaffneter Art auf kurze bis mittlere Sicht nicht besteht, so besteht nach wie vor eine reale Gefahr großer Handelskriege zwischen den imperialistischen Blöcken.
3. Diese Phase der kapitalistischen Globalisierung unterscheidet sich in einigen Aspekten von der Periode vor dem Ersten Weltkrieg. Damals wurde Kapital in die kolonialen Besitztümern exportiert, als Mittel dazu, billige Rohstoffe zu fördern und im Gegenzug dafür teurere Fertigprodukte zurück zu verkaufen, und auf diesem Wege, in den Worten von Marx “mehr Arbeitskraft für weniger Arbeitskraft” zu erhalten. Diese ungleichen

Handelsbeziehungen bestehen noch heute und haben sich sogar aus Sicht der neo-kolonialen Welt verschlechtert. In den letzten paar Jahrzehnten haben sich ausländische Direktinvestitionen (ADI) in der "Triade" Europa – USA – Japan konzentriert.

4. Dies wurde zum Teil abgeschwächt durch den kolossalen Kapitalexport zum einen nach China – das als ADI-Empfänger fast mit den USA gleichgezogen hat, und zu einem gewissen Teil auch nach Osteuropa und in die ehemalige Sowjetunion, im Zuge des Versuches des Kapitalismus, sein produktives Potenzial zu verlagern um die Rohstoffe und billigen aber qualifizierten Arbeitskräfte auszubeuten, die nach dem Zusammenbruch des Stalinismus zur Verfügung stehen.
5. Zwischen 1990 und 2003 stieg das ADI-Volumen rasant an, der Anteil von ADI am Welt-BSP wuchs von 9% auf 23%. Dies hat, zusammen mit anderen Faktoren, z.B. die so genannte Informations- und Kommunikationsrevolution, haben zu einer kolossalen Integration der Weltwirtschaft geführt. Dies wiederum bedeutet, wie von Marx vorhergesagt, dass Ereignisse auf nationaler Ebene in zunehmendem Maße durch Abläufe auf globaler Ebene mitbestimmt werden.
6. Die neokoloniale Welt ist in dieses System integriert, bleibt aber dennoch in erster Linie eine Quelle billiger Primärprodukte. Der Aufstieg Chinas könnte jedoch die Dominanz der Triade und vor allem der USA, sowohl wirtschaftlich als auch militärisch, bedrohen. Dies setzt voraus dass China weiterhin ununterbrochen so wächst wie bisher, was keineswegs sicher ist. Es besteht die Gefahr einer weltweiten Rezession oder eines Abschwunges, mit tief greifenden Auswirkungen in China. Ebenfalls zu bedenken ist der unvermeidliche Widerstand der chinesischen ArbeiterInnenklasse gegen die unmenschlichen Bedingungen in den Fabriken, gegen niedrige Löhne, Umweltverschmutzung usw. Ansteigende Löhne als Folge von Massenkämpfen könnten eine Verlagerung von Kapital aus China heraus in andere Niedriglohnländer und -regionen zur Folge haben, mit entsprechenden Auswirkungen auf das Wachstum.
7. Zur Zeit hängt die US- und damit die Weltwirtschaft an China und in gewissem Maße auch am asiatischen Kapitalismus als Ganzes. Zwischen diesen drei "Partnern" existiert ein erstaunlicher faustischer Pakt. Die USA haben zur Zeit das größte Leistungsbilanzdefizit aller Zeiten, der IWF (Internationale Währungsfonds) schätzt, dass es für das Jahr 2005 760 Milliarden Dollar oder 6.1% des BSP der USA betragen wird, obwohl neuere Schätzungen von einer geringfügig niedrigeren Zahl von 706 Milliarden Dollar ausgehen.

8. Das globale Wachstum ist aktuell in erster Linie auf China und den USA konzentriert, während Asien, Deutschland und Öl-exportierende Länder Handelsüberschüsse in Rekordhöhe haben. Die Financial Times kommentiert: “Es ist eine bizarre Welt, in dem die relative armen Länder der Welt den reichen Konsumenten in den USA riesige Geldsummen zu extrem niedrigen Zinsraten leihen”. Peter Dixon von der Commerzbank sagte: “Die USA haben riesigen Ungleichgewichte, sowohl nach außen, in Sachen Leistungsbilanzdefizit, als auch nach innen – hohe Verschuldungsraten und eine niedrige Sparquote. Solche Ungleichgewichte kann man nicht auf unbestimmte Zeit aufrechterhalten. Ausländische Investoren besitzen US-Wertpapiere im Wert von 12 Milliarden Dollar, de facto Schuldscheine die vom US-Steuerzahler ausgestellt werden.”
9. Das Ergebnis von all dem ist das, was kapitalistische Ökonomen untragbare “Ungleichgewichte” nennen. Dies bedeutet dass die Fremdwährungsreserven asiatischer Wirtschaften, allen voran China, von 36% auf 60% des weltweiten Gesamtvolumens (die Reserven der USA nicht mitgerechnet) gewachsen sind. Chinas Reserven sind explosionsartig gewachsen und stellen nun zwei Drittel aller Reserven in ganz Asien dar. Diese Reserven bestehen zum allergrößten Teil aus US-Dollar-Beständen die von den meisten asiatischen Zentralbanken auf Kosten von Investitionen in die einheimischen asiatischen Industrien angehäuft wurden. Asien, unter der Führung Chinas, fungiert als Zahlmeister der US-Wirtschaft und stopft die riesigen Lücken die von den US-Defiziten gerissen wurden. Gleichzeitig floriert der Markt für Regierungsschulden, also der Kauf von Wertpapieren der US-Regierung, da die Kapitalisten angesichts von Rekordprofiten lieber dort ihr Geld anlagen als in Investitionen im produktiven Bereich.
10. All dies hat eine Steigerung der Konsumausgaben und einen Rückgang der Sparquote verursacht, was wiederum zu einem “im steigenden Maße nicht haltbaren Immobilienboom in den USA” (Financial Times) geführt hat. Sowohl wir als auch die ernsthafteren unter den kapitalistischen Kommentatoren haben darauf hingewiesen, dass dieses finanzielle Kartenhaus jederzeit einstürzen könnte: “Die Ungleichgewichten nähern sich der ‚Schmerzgrenze‘.” (Ebd.). Charles Dumas von Lombard Street Research warnte: “Die ganze Wirtschaft läuft gerade auf der Basis von Kapitalgewinnen... wenn die Immobilienpreise aufhören zu steigen, dann bekommt die US-Wirtschaft Probleme.” Der Wechselkurs des Dollars könnte jederzeit einbrechen, und den asiatischen Zentralbanken riesige Verluste aus ihren Dollarbeständen bescheren. Aus diesem Grund könnten

sie sich dazu entschließen, sich vom Dollar zugunsten anderer Seiten zurückzuziehen, was wiederum einen solchen Einbruch des Dollarkurses erst auslösen könnte.

AUFSCHWUNG – ABER WIE LANGE?

11. Wie lange kann der Aufschwung anhalten? Diese Frage beschäftigt nicht nur uns und die ArbeiterInnenbewegung sondern auch die Wahrsager des Kapitalismus. Es hat nur deswegen so lange angehalten weil der Weltkapitalismus, allen voran die USA, eine Ausgabenorgie veranstaltet haben, angeheizt durch “quasi-keynsianische” Maßnahmen für die Reichen z.B. massive Steuersenkungen für die Reichsten. Die Zinssätze befinden sich auf einem Rekordtiefstand, was von einigen bürgerlichen Ökonomen spöttisch “kostenloses Geld” genannt wird, es bestehen massive und nicht tragbare Defizite. Ein Absturz ist sicher, aber das “wie”, das “wann” und das Ausmaß noch unklar sind. Aber die grundlegende Schwächlichkeit der Weltwirtschaft ist so ausgeprägt, dass sie bereits in den kommenden Monaten ins Schleudern geraten könnte.
12. Andererseits ist auch eine weitere Überdehnung möglich, was den gegenwärtigen Wirtschaftszyklus noch für ein oder mehr Jahre verlängern könnte. Aber, wie das Institut für Internationale Wirtschaft in Washington vorhergesagt hat, die Defizite werden weiter anwachsen bis die Märkte anfangen nervös zu werden, die Rentenerträge steigen, und ab dem Punkt fangen Regierungen an, nervös zu werden. “Größere Anpassungen sind schmerzhafter. Leute ignorieren das lieber und handeln auf der Basis von Wunschdenken”. (Financial Times). Deswegen könnte diese aktuelle Phase ein jähes Ende finden, was das stagnierende Europa in einen noch tieferen wirtschaftlichen und politischen Abwärtssog ziehen könnte. Und gleichzeitig die ohnehin schon schwere Krise des Bush Regimes verschärfen, und sogar Chinas scheinbar unaufhaltsamen Turbowachstum aufhalten könnte.
13. Auf mittlere und lange Sicht sind die ökonomischen Perspektiven für China und die Auswirkungen davon auf den Weltkapitalismus von zentraler Bedeutung. China hat bereits eine Rolle dabei gespielt, den aktuellen Aufschwung über seine eigentlichen Grenzen hinaus aufrecht zu halten, im Zusammenhang mit der “Super-Liquidität” in der Weltwirtschaft. Kann es eine stabilere Grundlage für ein weiteres, dauerhafteres Wachstum des Weltkapitalismus schaffen? Die bürgerlichen Ökonomen hoffen mit aller Kraft, dass es das kann. Sie behaupten, dass der Zusammenbruch der

- “geplanten Wirtschaften” in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion (womit sie den Stalinismus meinen) sowie die Entwicklung hin zum Kapitalismus in China die Anzahl der Arbeitskräfte weltweit verdoppelt hat, gleichzeitig sei der Kapitalbestand gleich geblieben.
14. Die scheinbar endlos zur Verfügung stehenden billigen Arbeitskräfte können, so die Hoffnung, eine “Wiedergeburt” ihres Systems herbeiführen. Diese Hoffnung ist problematisch, um es vorsichtig auszudrücken. Während Investitionen in China und Osteuropa dem Kapitalismus einen gewissen Schub gegeben haben und auch weiterhin geben werden, wurde dadurch in erster Linie die “Angebotsseite”, also die Produktivkräfte, gesteigert. Dies geschieht allerdings vor dem Hintergrund steigender Überkapazitäten, vor allem in den Industrien, etwa in der Automobilindustrie. Des weiteren ist die Marktnachfrage, vor allem in China sowie in Osteuropa und Russland, bis auf einige städtische Zentren, aufgrund des niedrigen Lebensstandards und der Verarmung der Massen begrenzt.
 15. Aber selbst wenn es dem Kapitalismus trotz allem gelingt, durch die ökonomische Ausbeutung Chinas und Osteuropas die eigene Lebensspanne zu verlängern, wäre keineswegs alles geklärt. Zunächst wären noch die ökologischen Kosten in dieser Zeit der globalen Erwärmung zu nennen; ebenso die ansteigenden CO₂-Emissionen, das Abschmelzen des Eises an den Polen usw. Auf kapitalistischer Grundlage kann die Welt die aktuellen Wachstumsraten alleine Chinas und Indiens nicht verkraften. China mag gerade der Schauplatz eines ökonomischen Feuerwerks sein, aber es ist ebenfalls, zusammen mit den USA, eines der größten Verursacher von Umweltverschmutzung. Die ganze Welt, nicht nur China, kann sich ein Wiedererstarben des Kapitalismus, das die Welt noch weiter in den Abgrund der irreversiblen Umweltzerstörung reißen würde, nicht leisten. Des weiteren hat der globale Kapitalismus zu diesem Zeitpunkt keine andere Alternative als den Neoliberalismus, ohne den es keine kapitalistische Globalisierung (Deregulierung, offene Grenzen für Kapital) als solches geben würde, weltweit durchzusetzen.
 16. Dies hat bereits, und wird auch in Zukunft, erbitterten Widerstand und auch revolutionäre Ausbrüche seitens der ArbeiterInnenklasse und der verarmten Massen hervorgerufen. Selbst in der Phase, in dem der Kapitalismus “relativ fortschrittlich” war, im 19. und frühen 20. Jahrhundert, gab es die Tendenz, wie Marx deutlich machte, den Anteil der ArbeiterInnenklasse zu senken um die Profite der Unternehmen zu steigern. Dies führte zu Aufständen niedrig bezahlter und gering qualifizierter ArbeiterInnen in Britannien Ende des 19. Jahrhunderts und trug auch zur

Entwicklung der Russischen Revolution von 1905 bei, ebenso wie zum Aufstieg der ArbeiterInnenbewegung in den USA und Europa.

17. Allerdings wurde heute, anders als in der Phase der kapitalistischen Entwicklung vor 1914, dieser Widerstand geschwächt durch das Fehlen des subjektiven Faktors, einer Massenpartei der ArbeiterInnenklasse, die als Anziehungspool fungieren kann. Die Fähigkeit der herrschenden Klasse, den Widerstand der ArbeiterInnen zu schwächen, wurde durch die ideologische Offensive und die Durchsetzung des Neoliberalismus begünstigt. Dennoch hat der Widerstand der Massen, wenn auch nur Zeitweise, einige der herrschenden Klassen Europas in ihren Absichten aufgehalten.

CHINA

18. Die Probleme, denen sich der Weltkapitalismus aktuell gegenüber sieht, sind von monumentalen Ausmaßen, sie summieren sich und sind auf lange Sicht unlösbar. Die Folgen des Aufstieges Chinas und der Auswirkungen davon auf den restlichen Weltkapitalismus sind wichtige Fragen für Europa genau wie für die restliche Welt. Die vollen Auswirkungen hiervon haben sich noch nicht entfaltet. China ist nun die Produktionszentrale der Welt, jede Woche hören wir, wie Jobs aus den entwickelten Industrieländern nach China und Osteuropa verlagert werden. Dieser Prozess scheint unnachgiebig und unaufhaltsam zu sein. China, und in etwas geringerem Maße Indien (im Falle Indiens vor allem durch den Ausbau der Informationstechnologie), haben sich zu Zentren der niedrigqualifizierten und niedrigbezahlten Produktion entwickelt. China verarbeitet Importe aus Asien und exportiert diese dann wieder.
19. Nun findet allerdings eine Konzentration auf innovative Hightech-Produktion auf dem einheimischen Markt statt. Während ein großer Teil der ausländischen Direktinvestitionen aus den USA stammt, hat der asiatische Kapitalismus einen Grossteil seiner Industrien nach China verlegt. So hat etwa Taiwan fast sämtliche Produktionsstandorte aufs Festland verlagert. Japan hat ähnliches gemacht. Dies hat zu der Situation geführt, die ein jüngst veröffentlichter Bericht der EU hervorgehoben hat: "China entwickelt sich zum wettbewerbsstärksten Produktionsstandort den es jemals gegeben hat." Fast 20% der chinesischen Exporte sind dem Hightech-Bereich zuzuordnen und, wie dieser Bericht feststellt, "mit zwei Millionen Studienabsolventen jährlich gibt es allen Grund zur Annahme, dass dieser Prozentsatz anwachsen wird." Der Anteil am chinesischen BIP, der für Entwicklung und Forschung ausgegeben wird, wächst aktuell um 10% im

Jahr, in der EU sind es lediglich 0.02%! (natürlich startet die EU von einem höheren Ausgangsniveau).

20. Bis vor kurzem konnten sich bürgerliche Ökonomen damit trösten, dass, während die Produktion nach China und anderswo verlagert werden kann, Entwicklungs- und Forschungseinrichtungen – und damit ein Monopol über die Technik – im “Heimat-”land bleiben. So hat etwa der britische Staubsaugerhersteller Dyson seine Produktion nach Asien verlagert, die Forschung und Entwicklung aber in England behalten. Aber der Aufstieg des Hightech-Sektors in China, teilweise durch geliehenes oder regelrecht “gestohlenes” Geld aus den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern, könnte zur Folge haben, dass diese Sicherheit nicht mehr lange besteht.
21. Dieser Prozess hat sogar zu einer Tendenz hin zur “Aushöhlung” des Industriesektors in den USA geführt. Sehr deutlich wird dies anhand der aktuellen Krise bei General Motors, einem der Flaggschiffe der US-Wirtschaft, wo kürzlich die Streichung von 30.000 Stellen bekannt gegeben wurde. Ford sieht sich ähnlichen Problemen gegenüber, die symptomatisch sind für den Niedergang des Industriesektors in den USA. Wie wir erklärt haben, wird die US-Wirtschaft durch den Aufstieg des chinesischen Imperialismus relative geschwächt.
22. Die USA sind zwar weiterhin die stärkste imperialistische Macht, sie sind allerdings eine Macht, die sich relativ auf dem absteigenden Ast befindet. Sollte sich der aktuelle Trend einer Kräfteverschiebung zugunsten Chinas auf Kosten der USA und der imperialistischen Mächte Europas fortsetzen (und es gibt viele Faktoren die diesen Trend verlangsamen oder durchkreuzen könnten) würde eine solche Entwicklungen soziale und politische Erschütterungen in den alten imperialistischen Ländern hervorrufen. Es würde weiters das zahlenmäßige und das soziale Gewicht des chinesischen Proletariats enorm steigern. Das politische Bewusstsein des chinesischen Proletariats befindet sich allerdings aktuell auf einem niedrigen Niveau.
23. Die Folgen der massiven Verlagerung von Industrie und Arbeitsplätzen nach China und anderswohin werfen wichtige Fragen in Bezug auf die marxistische Theorie auf. Marx, und vor ihm schon Adam Smith, unterschied zwischen “produktiver” und “nicht-produktiver” Arbeit. Erstere schuf neuen Wert, oder modern gesagt “zusätzlichen Wert”. Nicht-produktive Arbeit, obwohl oft von entscheidender Bedeutung für das Funktionieren des Kapitalismus, schafft keinen neuen Wert, sondern nimmt sich einen Teil des Profits, der Löhne, der Einkommen usw., die letzten Endes aus dem durch produktive Arbeit geschaffenen Wert stammen.

24. Marx wies darauf hin dass der Mehrwert, der durch die Arbeit der ArbeiterInnenklasse geschaffen wird, in drei Teile zerfällt: Rente, Zinsen, und Profit. Nicht nur durch die eigentliche Herstellung wird in Laufe des Produktionsprozesses neuer Wert geschaffen. Aber die produktive Industrie, die verarbeitende Industrie und ihre Ableger sind die Hauptquelle des Wertes. Deswegen bedeutet der Verlust des Produktionsstandortes und aller verwandten Zulieferindustrien im günstigsten Fall die Abhängigkeit der stärkeren Industrieländer.
25. Einige werden sich eine Platz als Renten-kapitalistische (“Kouponschneider”) Länder schaffen, die sich auf “Dienstleistungen” wie Bankwesen, Tourismus usw. spezialisieren. Dies kann verstärkt werden, wie es etwa in Britannien der Fall ist, durch Einkommen aus großen Auslandsinvestitionen, einschließlich der Super-Ausbeutung der Massen in der neokolonialen Welt. Gleichzeitig können solche Staaten auch Empfänger beachtlicher Volumen von ausländischen Direktinvestitionen sein, wie es in Britannien bis jetzt auch der Fall war.
26. Dies bezieht sich auf die kurzfristige Entwicklung, es wird nicht notwendigerweise in Zukunft so sein. Aber für Wirtschaften, sogar für ganze Kontinente, besteht hier die Gefahr eines schrumpfenden Produktionsstandortes und eine Abhängigkeit von “Dienstleistungen”. Dies ist, in den Worten des ehemaligen britischen Premierministers Harold Macmillan, “Wie anderen Leuten die Wäsche reinholen”. Auf lange Sicht wird der Verlust wirklicher wirtschaftlicher Stärke in anderen Bereichen sichtbar werden.
27. Industrielle Stärke widerspiegelt letztendlich diplomatische “weiche Macht”, und ab einem gewissen Punkt auch militärische Fähigkeiten, das Potenzial zu “harter Macht”. Die Aussicht darauf, dass China diese wirtschaftliche und militärische Macht anhäufen könnte, erweckt gerade den Widerspruch der herrschenden Klasse in den USA. Der anschwellende, bilaterale Handelsüberschuss Chinas im Handel mit den USA hat zu Konflikten in Bezug auf Textilien, Schuhe usw. geführt. Dies wird wahrscheinlich, zu einem bestimmten Zeitpunkt, auch eine unkontrollierbare protektionistische Gegenreaktion erzeugen. Dies steht auch im Zusammenhang mit dem Murren aus den USA angesichts des kontinuierlichen Aufbaus der militärischen Fähigkeiten Chinas, der wiederum im Zusammenhang steht mit der unersättlichen Suche nach immer mehr Rohstoffen um das eigene Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Dies führt zu einem direkten Interessensgegensatz mit der herrschenden Klasse in den USA, die auch an diesem “großen Spiel”, vor allem um Öl, beteiligt sind.

28. In Asien ist die Entstehung eines von China angeführten Blocks gegen den japanischen Imperialismus, der mit den USA verbündet ist, klar zu erkennen. Dieser Konflikt hat bereits zu einem Erstarren des japanischen Nationalismus geführt. Die Auswirkungen dieser inter-imperialistischen Rivalitäten haben bereits zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen China und Putins Russland geführt – ironischerweise eine stärkere Zusammenarbeit als früher zwischen den beiden damals stalinistischen Staaten.
29. Hinzu kommen die festgefahrene Doha-Runde der Handelsgespräche bei der WTO (Welthandelsorganisation) – dort gibt es auch einen Konflikt innerhalb des europäischen Blocks bezüglich Landwirtschaft, EU-Erweiterung und anderen Fragen – und es bedarf nicht viel Fantasie um sich eine Zukunft vorzustellen, die von vermehrten Konflikten und Rivalitäten geprägt ist, und durch eine Rezession in der Weltwirtschaft oder durch eine Verlangsamung von Wachstumsraten enorm verschärft werden könnte.
30. Obwohl der Welthandel absolute gesehen zugenommen hat, erfährt die Weltwirtschaft in ihrer Erholungsphase seit 2001 eine “Wachstumsrezession”, eine geringe Entwicklung der Produktivkräfte und ein Scheitern am Problem der Arbeitslosigkeit, vor allem in Europa, wo die offizielle Arbeitslosenzahl über 20 Millionen beträgt.
31. In der jüngsten Periode hat die herrschende Klasse in den USA und in einigen anderen Ländern eine Art “Keynesianismus für Reiche” praktiziert, in dem sie den Vermögenden Steuererleichterungen gaben. Bush hat den Superreichen in den USA Steuersenkungen im Wert von 700 Millionen Dollar gewährt. Diese Steuersenkungen bewirken so gut wie keine Steigerung der Konsumausgaben. In Folge der Katastrophe rund um den Hurrikane Katrina war er gezwungen, ein Wiederaufbauprogramm anzukündigen.
32. Gleichzeitig behauptet er, dass er die Staatsverschuldung bis zum Ende seiner Amtszeit halbieren wird. Diese Einsparungen sollen in erster Linie durch drastische Streichungen im Gesundheitswesen, bei der Sozialhilfe, beim sozialen Wohnungsbau und anderen Projekten erreicht werden. Anders gesagt werden also die Armen für diese Einschnitte bezahlen müssen. Das Aufzehren der Reserven des Kapitalismus wird, in einer tiefen Rezession, erneut die Möglichkeit mit sich bringen, dass die herrschende Klasse “die Druckpresse anwirft” und die Gefahr inflationärer Tendenzen eingeht. Wie in den 1970er Jahren könnten sie sich dem Phänomen der Stagflation gegenübersehen wenn sie zu solchen Mitteln greifen.

33. Solange die aktuelle "Wachstumsrezession" anhält, können die Kapitalisten zusammenhalten; sich zwar von Zeit zu Zeit den ein oder anderen Schlagabtausch liefern, aber ohne die komplette Fragmentierung die zu einem Handelskrieg führt. Aber eine Rezession und sogar eine Periode des verlangsamten Wachstums wird zu Konflikten führen die wiederum die Probleme der Weltwirtschaft enorm verschärfen könnten. Der fundamentale Faktor – natürlich nicht sofort und nicht unmittelbar, aber in letzter Konsequenz – ist die Entwicklung der Produktivkräfte als Haupttriebfeder bei der Herausbildung des Bewusstseins, vor allem der ArbeiterInnenklasse und die Auswirkungen hiervon auf politische Ereignisse.

VERTRAUENSKRISE DER BOURGEOISIE

34. Auffällig an der aktuellen Weltlage ist, dass sich die Bourgeoisie weltweit einer Vertrauenskrise in noch nie da gewesenen Ausmaßen gegenüber sieht. Besonders ausgeprägt ist dies in den USA und Europa. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung in den USA, Britannien und Australien ist die katastrophale Situation im Irak, zusammen mit wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hatte ähnliche demoralisierende Auswirkungen auf die herrschenden Klassen in diesen und anderen EU-Staaten. Der Vertrauensverlust geschieht bereits vor dem Anfang ernsthafter ökonomischer Probleme in Form einer Rezession oder eines Abschwungs.
35. Dies ist am Beispiel der wichtigsten kapitalistischen und imperialistischen Macht, nämlich der USA, deutlich geworden. Die neokonservative Clique, die durch die Präsidentschaft von George Bush regiert, ist für den US-Kapitalismus ein einziges Desaster gewesen. Ihre Herrschaft hat einige Parallelen, nur in einem viel größeren Maßstab, mit der Margaret Thatchers in Britannien vor 20 Jahren. Ihr "Erbe" war eine gespaltene, polarisierte und zunehmend verarmende Gesellschaft, versteckt hinter der Fassade des wirtschaftlichen "Fortschritts". Dies hat ihren Nachfolgern in der Konservativen Partei Feindseligkeit und eine Serie von Wahlniederlagen eingebracht. Die Präsidentschaft von Bush droht genau dieselben Folgen für die Republikanische Partei zu bringen, aufgrund des katastrophalen, nicht-gewinnbaren Krieges im Irak aber auch wegen der Art und Weise, in der die Wirtschaftspolitik gestaltet wurde.
36. Die Präsidentschaft von Bush befindet sich nun im "freien Fall". Sie ist nicht nur im Irak-Debakel verstrickt, sondern zusätzlich auch auf deströser Weise von den Auswirkungen auf sozialer und auf Klassenebene

nach dem Hurrikane Katrina beschädigt. Nun sieht sie sich Korruptionsskandalen gegenüber die möglicherweise bis hoch zu Cheney gehen und in denen bereits führende Republikaner verstrickt sind. Der aktuelle Skandal hat bereits den Kongressabgeordneten Robert Ney getroffen, der als "Bürgermeister von Capitol Hill" bezeichnet wird, und auch Tom DeLay, der, aufgrund seiner Art, in der republikanischen Kongressfraktion für Disziplin zu sorgen, als "der Hammer" bekannt ist.

37. Ein Teil der herrschenden Klasse in den USA versucht nun der Bush-Regierung "die Flügel zu stützen". Korruption ist in der kapitalistischen Welt und innerhalb der herrschenden Klassen international allgegenwärtig. Dies ist zum Teil eine Widerspiegelung der veränderten Zusammensetzung der herrschenden Klassen, die international gesehen verstärkte parasitäre Züge haben, aber auch von der Abwesenheit von Massenparteien der ArbeiterInnen, die in der Vergangenheit zum Teil einige "Exzesse" des Kapitalismus in Schach gehalten haben.
38. Während die erste Amtszeit von Bush geprägt war von dem Versuch der Neokonservativen, die Macht des US-Imperialismus zum Tragen zu bringen, hat die zweite sehr deutlich die Grenzen dieser Macht aufgezeigt, wie wir auch in den Dokumenten zum letzten Weltkongress prognostiziert haben. Deutlich wurde dies nicht nur im Irak, sondern auch kürzlich in Argentinien auf dem Amerika-Gipfel, als Bushs Versuch, die Pläne für die Freihandelszone FTAA wiederzubeleben, von den "fünf Drachen" (Argentinien, Venezuela, Brasilien, Paraguay und Uruguay) abgeblockt wurden.
39. Francis Fukuyama war der Prophet vom "Ende der Geschichte" nach dem Fall der Berliner Mauer; womit er sagen wollte, dass die liberale bürgerliche Demokratie die letzte Stufe des historischen Fortschritts der Menschheit sei. Das ist nichts neues. Der grundsätzliche Fehler klassischer Ökonomen – Adam Smith und David Ricardo – war die Betrachtung des Kapitalismus als die natürliche Lebensweise der Menschheit. Für diese großen Klassiker der Ökonomie gibt es mildernde Umstände. Sie lebten zu einer Zeit, als der Kapitalismus "noch nicht voll entwickelt war, bevor der Kapitalismus alt wurde". (Zitat Trotzki)
40. Fukuyama führt auch in einer Phase der Krise und des Niedergangs dieses Systems solche Argumente ins Feld. Die USA selber sollten der hellste Stern in dieser Konstellation sein. Allerdings, so sagt er jetzt, "werden auf der Ebene der Eliten sich die Regierungschefs bemühen, aus Eigeninteresse gute Beziehungen zu Washington wiederherzustellen, aber auf der Massenebene hat sich die Wahrnehmung der USA massiv verschoben –

große Teile der Welt denken bei den USA nicht an die Freiheitsstatue sondern an den verummten Gefangenen in Abu Ghraib.“

41. Der Irakkrieg hat, wie auch jener in Vietnam, die US-amerikanische Gesellschaft erschüttert, obwohl die Anzahl der getöteten AmerikanerInnen bis jetzt nur ein Dreißigstel von der im Vietnamkrieg erreicht hat. Aber der Irak, wie auch schon Vietnam, fällt mit schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen zusammen. Diese Tatsache hat dazu geführt, dass bürgerliche Kommentatoren sich darüber beschwerten, dass “keiner den Willen oder eine Vorstellung hat” um den ökonomischen Niedergang zu verhindern. Der politisch geschädigte “lahme Ente” George Bush kann die drohende Katastrophe nicht abwenden. Viel schlimmer, so argumentieren Einige, ist die Tatsache, dass die USA dermaßen unter einem Mangel an bürgerlichen Strategen leidet, dass im Fall einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise keiner von der “Statur eines Franklin D Roosevelt” da ist, der/die in die Bresche springen könnte um “die USA in eine Richtung zu lenken”.
42. Roosevelt, so lautet die Argumentation, hatte damals mit seinem “New Deal” den US-Kapitalismus gerettet. Aber wie Trotzki kommentierte bestand das Programm des New Deal größtenteils aus groß angekündigten aber begrenzten “Sozialreformen” die die seit den 30er Jahren bestehende grundlegende ökonomischen Krise nicht beseitigten. Nur der sich abzeichnende Zweite Weltkrieg und die Entwicklung der Kriegsproduktion begann, die USA aus der schwerwiegendsten Wirtschaftskrise ihrer Geschichte herauszuziehen. Dieser Weg, ein “Dritter Weltkrieg” existiert heute für den Kapitalismus nicht. Roosevelt spielte durch seine quasi-keynsianischen Methoden zwar eine entscheidende Rolle dabei, den Anschein zu geben, als würde sich die USA in eine andere Richtung bewegen. Und politisch konnten seine minimalen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen einen Teil der US-ArbeiterInnenklasse ruhigstellen, in dem ihnen der Glaube an eine “bessere Zukunft” gegeben wurde.
43. Heute ist es allerdings anders: so schreibt ein US-amerikanischer Kommentator in der Financial Times: “Würde eine Krise in der Größenordnung jener von 1929–32 heute die USA heimsuchen (es ist interessant, dass dies als Möglichkeit vorgebracht werden kann – I.S.), würde das Land keinen FDR finden, der mit einem New Deal-Programm gegen den Republikaner Herbert Hoover antritt. Sie hätten einen zurückhaltenden, ineffektiven Herbert Hoover von den Demokraten der gegen einen Republikanischen Calvin Coolidge, einen unbeugsamen Verteidiger

der schlimmsten Aspekte des aktuellen Systems. Wären das 1932 die Alternativen gewesen, wäre das ganze Fundament des amerikanischen Staates in Gefahr gewesen” (5. Oktober 2005)

44. Die USA werden aktuell geprägt von einer massiven Führungskrise, einer ernsthaften ökonomischen Krise und auch einem Auftreten von Spannungen entlang von Klassenlinien, was zusammengenommen eine Zukunft voller politischer Erschütterungen für die USA und demzufolge auch für die Welt als ganzes bedeutet.
45. Die Niederlagen Schwarzeneggers bei den Volksabstimmungen in Kalifornien stellen nur die Spitze des Eisbergs dar was die sozialen und Klassenbewegungen betrifft die in den USA bevorstehen. Die Spaltung des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit den konservativen Funktionären der US-Gewerkschaften, auch wenn noch nicht klar ist, wie sich diese Abspaltung entwickeln wird. Es besteht das Potential für ein Zusammentreffen der wachsenden Antikriegsbewegungen mit den Klassenbewegungen und den sozialen Bewegungen bei ökonomischen Themen. Die Angriffe auf die US-ArbeiterInnenklasse die gerade vorbereitet werden, sind beim Autoteilhersteller Delphi bereits sichtbar, die Firma hat einen Antrag auf Insolvenz mit Gläubigerschutz gestellt. Die Firma beschäftigt 56.000 ArbeiterInnen in den USA und 129.000 im Ausland. Es wird eine Absenkung des Lohnes von 27.– auf 9.50 Dollar pro Stunde gefordert, zusätzlich zu Einschnitten bei der Krankenversicherung.
46. Solche Angriffe werden zu heftigen Kämpfen der US-ArbeiterInnenklasse in der kommenden Periode führen. Das Aufkommen einer wachsenden Klassenbewegung in den USA wird eines der wichtigsten Entwicklungen der kommenden Periode sein, und würde auch international wichtige Auswirkungen haben.
47. Die Antikriegsstimmung und die Katastrophe im Irak haben bereits dazu geführt, dass einige der Demokraten ihr “Gewissen” wiederentdeckt haben, so dass sie plötzlich angefangen haben, gegen den Krieg zu sein. Der Demokratische Kongressabgeordnete John Murtha aus Pennsylvania, der interessanterweise selbst 37 Jahre bei den Marines war, hat den sofortigen Abzug der US-Truppen aus dem Irak gefordert. Aufgrund seiner engen Verbindungen zum Militär darf angenommen werden, dass er für ein Teil des Marine Corps spricht. Gleichzeitig unterstützt Hillary Clinton, aussichtsreiche Bewerberin für die Demokratische Nominierung bei der nächsten Präsidentschaftswahl, weiterhin den Krieg, den ihr Mann als einen “großen Fehler” bezeichnet hat.

48. Die Tiefe der Krise in den USA wurde auch ausgedrückt durch die beispiellose öffentliche Kritik der aktuellen Regierung durch zwei ehemalige Präsidenten, Bill Clinton und Jimmy Carter, sowie durch Teile der Republikanischen Führung wie Brent Scowcroft. Diese wachsenden sozialen Widersprüche in der Gesellschaft der USA sind dabei, sowohl die Demokraten als auch die Republikaner in den Augen der Massen zu diskreditieren, während der Boden für eine neue Massenpartei vorbereitet wird.

NAHOSTPOLITIK DER USA

49. Die wachsende Krise im Irak und die wachsende Antikriegsbewegung im eigenen Land hat die Frage eines Rückzugs der US-Streitkräfte aufgeworfen. Die irakische Regierung hat davon gesprochen, dass dies in einem Jahr möglich sein könnte. Ein vollständiger Rückzug wird aufgrund der sich verschärfenden Krise im Irak nicht möglich sein. Allerdings könnte eine "Verkleinerung" auf ein Besatzungskontingent von ca. 100.000, in wichtigen Stützpunkten und strategischen Gebieten konzentriert, eine Option darstellen. Ohne eine vereinte, alle ethnischen und religiösen Gruppen umfassende ArbeiterInnenbewegung würde ein vollständiger Rückzug einen noch größeren ethnischen und religiösen Konflikt zur Folge haben. Auf kapitalistischer Grundlage gibt es keine Aussicht auf die Etablierung einer stabilen bürgerlichen Demokratie. Wachsende ethnische und religiöse Spannungen könnten zur Aufteilung des Landes in drei "Staaten" führen – möglicherweise wird das Regime Saddam Husseins durch drei reaktionäre und repressive Regime ersetzt werden, unter der Führung von drei "kleinen Saddams". Die imperialistischen Kräfte stehen vor einem aus ihrer Sicht unlösbaren Problem. Den Preis dafür zahlen die Menschen im Irak und in der ganzen Region.

50. Die Krise im Irak macht sehr deutlich, wie begrenzt die Möglichkeiten des US-Imperialismus für weitere direkte Interventionen sind. Der US-Imperialismus strebt offensichtlich noch im Iran und in Syrien Regimewechsel an, ist aber nicht in der Lage zu einem weiteren militärischen Abenteuer. Sogar eine Bombardierung des Iran ist, wenngleich nicht auszuschließen, doch unwahrscheinlich. Die Politik von Bush hat das reaktionäre, theokratische Regime von Ahmadinedschad auf einen noch härteren Kurs gebracht. Allerdings ruft der repressive Charakter seines Regimes Widerstand im Iran hervor und hat sich bereits überdehnt. Wie auch in Syrien setzen die USA ihre Hoffnungen auf eine Art Neuauflage der

“Orangen Revolution” um diese Regime zugunsten US-freundlichere Regierungen zu stürzen.

51. Gleichzeitig haben Ereignisse in Israel und Palästina eine neue Phase in der Krise eingeleitet. Die Wahl von Peretz zum Vorsitzenden der Arbeitspartei widerspiegelt, in verzerrierter Weise, die massive Klassenpolarisierung und die soziale Spaltung die sich in der israelischen Gesellschaft entwickelt hat. Diese sehr bedeutende Entwicklung wurde teilweise überlagert durch Sharons Abspaltung vom Likud und der Gründung seiner neuen Partei. Dahinter steckt das Absterben des Osloer Friedensprozesses, das Ende der zweiten Intifada und die Akzeptanz der von den USA vorgelegten “Road Map” durch einen Teil der israelischen herrschenden Klasse und aktuell auch durch Sharon selbst.
52. Das alles bedeutet, dass Israel die eigenen Grenzen neu ziehen wird, entlang der neu errichteten “Sicherheitsmauer” um “verteidigungsfähiger” zu sein. Das beinhaltet auch einige Gebietsabtretungen. Es wird allerdings keine Rückkehr zu den Grenzen von vor 1967 sein. Die feige palästinensische herrschende Klasse hat, durch die Palästinenserbehörde, diese Entwicklungen begrüßt. Allerdings stellen sie, trotz des Abzugs aus Gaza, keinen Sieg für die palästinensischen Massen dar und werden den nationalen Konflikt in dieser entscheidend wichtigen Region nicht lösen.
53. Die Krise in der ganzen Region könnte durch den andauernden Alptraum des Irakkonflikts und durch die explosiven Situationen die sich im Iran, Saudi Arabien und anderen Ländern zusammenbrauen weiter verkomplizieren. Diese Entwicklungen unterstreichen was für ein Desaster die US-Außenpolitik und die herrschenden Klassen der Region für die Menschen im Nahen Osten gebracht haben. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit auf die zugrunde liegenden Klassenkonflikte richten, die sich in der Region entwickeln und die die Basis für eine neue Phase schaffen werden, in der sozialistische und revolutionäre Ideen wachsen werden. Die kürzlich erfolgten Streiks in Katar, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait waren Vorboten hiervon.

EUROPA

54. Die Ablehnung der EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden hatte verheerende Auswirkungen auf die herrschenden Klassen Europas. Sie wurden dadurch demoralisiert und ihr politisches Selbstvertrauen wurde untergraben. Der Prozess der europäischen Integration ist ins Stocken geraten. Gleichzeitig sind verstärkt Spannungen und Konflikte

zwischen den EU-Staaten aufgetreten. Ein Ausdruck hiervon sind die Konflikte zwischen Britannien und Frankreich über die gemeinsame Agrarpolitik sowie zwischen Britannien und den anderen EU-Staaten über den "Brittenrabatt".

55. Allgemein gesehen stagnieren die Wirtschaften Europas, außerdem hat es einen leichten Inflationsanstieg gegeben. Die Inflationsangst hat zunächst zu einer Debatte über eine mögliche Anhebung der Zinssätze durch die EZB (Europäische Zentralbank) geführt. Sie haben diese Pläne zunächst fallen gelassen, um dann im Dezember doch die Erhöhung durchzuführen. Diese Politik wird die ökonomische Stagnation Europas nur verschärfen.
56. Die neuen EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa haben nicht mit den westeuropäischen Ländern gleichgezogen. Wirtschaftswachstum hat es, wenn überhaupt, nur durch die Ausbeutung billiger Arbeitskräfte gegeben. Es findet eine massive soziale Polarisierung statt. Ein Merkmal all dieser Länder ist die mangelnde Stabilität in den Regierungen. Die sozialen Spannungen die sich in Polen entwickelt haben bringen die Möglichkeit sozialer Umbrüche mit sich. Die Erweiterung der EU hat mehr Instabilität und mehr Spannungen innerhalb der Union zur Folge gehabt.
57. Die sich entwickelnde Krise in Europa findet aktuell besonders in Deutschland, Frankreich, Italien und Portugal Ausdruck. Entwicklungen in diesen Ländern und die aktuelle Streikbewegung in Belgien deuten an wie einige Elemente dieser Prozesse sich in der nächsten Periode in Europa entfalten werden
58. Die Bundestagswahlen und die Niederlage für Schröder, wenn auch noch nicht für sein ganzes neoliberales Programm, stellten einen Rückschlag für die Pläne der herrschenden Klasse dar. Die Entstehung der WASG war ein entscheidender Faktor in diesem Prozess. Die aus den Wahlen hervorgegangene CDU/SPD Koalition ist schwach und wird durch Spaltungen und Unentschlossenheit paralyisiert werden. Des Weiteren wird es die Möglichkeit dafür schaffen, das eine noch stärkere Kraft auf dem Prozess der Formierung einer neuen linken Kraft aus der WASG, der Linkspartei.PDS und anderen Kräften und AktivistInnen hervorgeht. Dies könnte von betrieblichen Aktionen gegen Betriebsverlagerungen, Lohnkürzungen und die Zunehmenden Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse durch die Große Koalition begleitet werden.
59. Es gibt sogar eine vage Wahrnehmung seitens einiger bürgerlicher Kommentatoren dass die neoliberale Offensive in Deutschland, zu diesem Zeitpunkt, in der von ihnen beabsichtigten und erhofften Form nicht durchgeführt werden kann. Vor den Wahlen hoffte die Bourgeoisie auf eine

CDU-geführte Regierung um weiter zu gehen als Schröder, dessen neoliberale Maßnahmen in seiner Partei und in den Gewerkschaften auf Widerstand gestoßen waren. Sie erwarteten einen klaren Sieg für eine CDU-geführte Regierung, die dann auf Konfrontationskurs mit der ArbeiterInnenklasse gehen würde. Das Wahlergebnis war eine Niederlage für diese Perspektive.

60. Die Schwäche der Regierung und das Potential für eine baldige Krise fanden auch bei der Wahl Merkels zur Kanzlerin Ausdruck: 51 Abgeordnete der Regierungskoalition stimmen gegen sie! Selbst innerhalb der CDU sieht sich Widerspruch gegenüber, einige wichtige Ministerpräsidenten haben es abgelehnt, in ihrem Kabinett mitzuarbeiten.
61. Im Wahlkampf versprach Merkel die Einkommenssteuer zu senken und die Mehrwertsteuer zu erhöhen. Eine ihrer ersten Ankündigungen nach der Amtsübernahme war die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte, als Versuch, das Defizit von 35 Milliarden Euro zu reduzieren. Der deutsche Imperialismus hat den "Erfolg der Einheit" teuer bezahlen müssen, sowohl politisch als auch wirtschaftlich. Ostdeutschland hat seit 1991 1.300 Milliarden Euro an Subventionen erhalten, gleichzeitig beträgt die Arbeitslosenquote immer noch 18,4%. Diese Steuererhöhungen werden nicht das Wachstum fördern, die Konsumausgaben in Deutschland sind niedrig. Vielmehr werden die Tendenzen hin zu einer Rezession verstärkt werden.
62. Die Schröder-Regierung hat, durch die Gewerkschaftsführungen, eine verbreitete und generalisierte betriebliche Bewegung gegen die Agenda 2010 verhindert. Es wird dieser schwachen Koalition der Verlierer (weil alle an der neuen Regierung beteiligten Parteien bei den Wahlen Stimmen verloren haben) wesentlich schwerer fallen, die ArbeiterInnenklasse in Schach zu halten. Bereits jetzt gibt es Wut aufgrund der Angriffe gegen Beamte, und es hat auch einige lokalen Streiks defensiver Art gegeben. Diese weisen darauf hin dass die Machtübernahme dieser Koalition eine neue Phase in der Krise in Deutschland einleiten wird, in der es zu einer verallgemeinerten Bewegung gegen die neoliberalen Maßnahmen der Regierung kommen könnte.
63. Die neoliberalen Angriffe gegen die ArbeiterInnenklasse haben in Frankreich, Spanien, Italien, Deutschland, Belgien und Portugal eine unruhige Phase eingeläutet. Auf dem ganzen Kontinent brodeln es. Der erste Instinkt der Bourgeoisie angesichts sozialer Unruhen ist, dem Druck nachzugeben. Einige bürgerlichen Strategen haben im Fall Deutschlands argumentiert, dass die Art von frontalen Angriffen, die von Schröder gestartet und von Merkel versprochen wurden, zu sozialen Unruhen führen können.

ten, und mahnen deswegen zur Vorsicht. Daher wird eher “von unten”, also in einem Industriezweig und einem Betrieb nach dem anderen, angegriffen, anstatt zu diesem Zeitpunkt eine volle Offensive auf nationaler Ebene zu starten. Es findet ein konzentrierter Versuch statt, das System von Tarifverträgen zu brechen.

64. In Frankreich reagierte de Villepin auf den erfolgreichen Generalstreik im Oktober in dem er sagte, er würde “zuhören”. Das alles bedeutet nicht, dass sich die Bourgeoisie leicht von ihrer neoliberalen Politik abbringen lassen wird, aber Widerstand der Massen kann einen vorübergehenden Rückzug erzwingen, wie es vor allem im Kampf um die Renten in Britannien, aber auch anderswo, deutlich geworden ist.
65. Des Weiteren ist es möglich, dass, wenn es zu einer Implosion der Weltwirtschaft kommt, die Auswirkungen so gravierend sein könnten, dass die Bourgeoisie zumindest vorübergehend diese Pläne auf Eis legt, zugunsten verstärkter Staatsinterventionen und außerdem auch um den Preis wachsender Inflationsraten auf höhere Staatsausgaben setzt. Eine Phase, in der dies zum dominanten Trend innerhalb der herrschenden Klassen wird, ist zu einem zukünftigen Zeitpunkt unvermeidbar. Aber wie bereits angedeutet ist der Spielraum für klassische keynsianische Methoden eingengt, sie können nur zum Preis steigender Inflation eingeführt werden.
66. Der Ausbruch massiver Krawallen in Frankreich war eine Reaktion auf die neoliberale Politik von Chirac und de Villepin sowie die katastrophalen sozialen Bedingungen in den Ghettos, die es am Rande der meisten französischen Städte gibt. Sie widerspiegeln die tiefen sozialen Gegensätze und Klassengegensätze und auch den aggressiven Rassismus des französischen Staates. Diese sozialen Unruhen waren keine “rassistischen oder ethnischen” Bewegung wie es die französischen Rechten behauptet haben. Sie waren eine Explosion der Wut der ärmsten und am stärksten unterdrückten Schichten der Gesellschaft – darunter auch eine Schicht von armen Weißen.
67. Es war eine rudimentäre Bewegung derjenigen, die keinen politischen Ausdruck für ihre Wut haben. Für einen solchen Wutausbruch ist der französische Kapitalismus verantwortlich, ebenso wie die herrschende Klasse und die Sozialistischen und Kommunistischen Parteien die die ArbeiterInnenklasse und die Jugend de facto verlassen haben. Es ist auch ein Armutszeugnis für LCR und LO, die es – jeweils aus opportunistischen bzw. aus sektiererischen Motiven heraus – versäumt haben, eine politische Alternative aufzubauen die die Wut und die Empörung, der an den Unruhen beteiligten Jugendlichen, kanalisieren könnte.

68. Die französische Regierung hat dennoch diese Ereignisse als Rassenunruhen dargestellt und versucht, sie zu nutzen um rassistische Stimmungen zu schüren. Sie hat mit brutaler Repression reagiert, unter anderem mit dem Verhängen des Ausnahmezustandes (zum ersten Mal seit 1961 für einen längeren Zeitraum) und mit Ausgangssperren. Diese wurden selektiv in 30 Bezirken verhängt. Im Zusammenhang damit wurden CRS (Bereitschaftspolizei), Polizisten auf der Straße, Hubschrauber und Ausgangssperren eingesetzt. Es gab über 3.000 Festnahmen, unter anderem auch von Eltern von Jugendlichen, die an den Unruhen beteiligt waren.
69. Der Griff zu solchen Mitteln ist ein Ausdruck der halb-bonapartistischen Charakterzüge des französischen Staatsapparates. Gleichzeitig werden repressive und anti-demokratische Maßnahmen auch durch andere Staaten ergriffen, etwa in Britannien, in den USA, Australien und in anderen Ländern.
70. Bis jetzt haben Britannien, Irland und Schweden eine de facto "Politik der offenen Tür" in Sachen Einwanderung betrieben. Dies geschah mit dem Ziel, Arbeitskräfte aus anderen Ländern zu holen um sie als billige Konkurrenz zur Senkung der Löhne einzusetzen. Die erbitterten Kämpfe der Besatzungen von Fähren auf Korsika und in Irland zeigen die Wichtigkeit die diese Frage in der kommenden Zeitperiode haben wird.
71. In der gesamten EU wird sich die Praxis des Missbrauchs migrantischer Arbeitskräfte, um Löhne und Arbeitsbedingungen zu drücken, noch weiter ausbreiten. Die dramatischen Auswirkungen dieser Veränderungen könnten bedeuten, dass Einwanderung und Rassismus zentrale Themen werden. Es ist möglich dass sich die Ängste der ArbeiterInnen in den betroffenen Ländern verstärkt werden, und von rechtsextremen Kräften benutzt werden könnten, um rassistische Stimmungen und Ressentiments zu schüren..
72. In einigen Ländern hat die extreme Rechte Wahlniederlagen erlitten, zum Beispiel in Österreich. Es war bedeutsam dass bei der Bundestagswahl das Bündnis aus WASG und PDS einen Wahlerfolg der extremen Rechten verhinderte. Dies bedeutet aber nicht dass die Gefahr gebannt ist. Wahlerfolge rechtsextremer Kräfte könnten wieder drohen, vor allem vor dem Hintergrund einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, indem sie auf die Ängste der ArbeiterInnen anspielen und rassistische Stimmungen und Gefühle zu schüren, besonders da, wo es keine starke linke oder sozialistische Alternative gibt.

73. Wir müssen darauf vorbereitet sein, die Frage des Rassismus aufzugreifen und, insbesondere in den Ländern für die es relevant ist, es zu einem zentralen Bestandteil unserer Jugendarbeit zu machen. Es wird notwendig sein, in unseren Kampagnen vor allem zwei Themen in den Vordergrund zu stellen, um den Rassismus zu bekämpfen. Auf der einen Seite die Arbeit innerhalb der ArbeiterInnenbewegung um migrantische ArbeiterInnen für die Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen zu gewinnen und um für sie die üblichen Löhne und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Andererseits wird auch eine Kampagne gegen Rassismus, reaktionären Nationalismus und ethnische Vorurteile notwendig sein.
74. Das Wesen des Wutausbruchs in Frankreich erlaubte es der Regierung zunächst, verstärkte Unterstützung für ihre repressiven Maßnahmen zu erhalten. Es ist allerdings nicht Chirac der davon profitiert hat sondern de Villepin und Sarkozy. Obwohl ArbeiterInnen und Jugendliche verstehen, dass die Ursachen der Krawallen in den sozialen Bedingungen und dem Rassismus des Staates liegen, unterstützen laut einer CSA-Umfrage 68% die Verlängerung des Ausnahmezustandes. In der selben Umfrage waren sogar 75% der WählerInnen von LCR und LO für den Ausnahmezustand.
75. Solche Stimmungen sind aber eine temporäre Reaktion auf die Krise und sie können sich rapide verändern, vor allem in Frankreich, während die Regierung versucht, weiter ihre neoliberale Politik zu betreiben. Die PSF hat in der aktuellen Krise einen Schwenk nach "links" gemacht. Sie ist aber nach wie vor eine bürgerliche Partei und stellt keine Alternative für die ArbeiterInnenklasse dar. 69% glauben dass die PSF die nächsten Wahlen nicht gewinnen kann, ein ähnlicher Prozentsatz meint, dass die PSF die selbe Art von Politik wie die aktuelle Regierung betreiben würde, wenn sie jetzt an der Regierung wäre. Die Erfahrungen mit der letzten "sozialistischen" Regierung sind immer noch im Bewusstsein der Massen präsent..
76. Diese Erfahrungen in Deutschland und Frankreich sind für die sich entfaltende Lage in Europa von zentraler Bedeutung. Gleichzeitig sind andere Länder in eine Phase der Krise und der sozialen Zerwürfnisse eingetreten. Italien ist der kranke Mann Europas sowohl ökonomisch als auch politisch. Die Regierung Berlusconi ist in einer Krise nach der anderen verstrickt und hat nun versucht sich dadurch zu retten, dass sie einfach das Wahlsystem für die im April stattfindenden Parlamentswahlen so verändert, dass sie ihre Chancen auf den Verbleib im Amt verbessert.
77. Trotz dieser Änderungen zeigen die Umfragen dass es eine starke Wahrscheinlichkeit gibt, dass das oppositionelle Mitte-Links Bündnis "Union" diese Wahlen gewinnen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, dass

Einige in der Führung der PRC die verzweifelte anti-Berlusconi Stimmung als Vorwand benutzen werden, um über eine Unterstützung des Mitte-Links Bündnisses hinaus zu gehen und eventuell einer Mitte-Links Regierung beizutreten. Wenn sie das machen, dann werden wir dagegen opponieren müssen. Eine solche Entwicklung würde zu einem gewissen Zeitpunkt eine neue Krise in der PRC heraufbeschwören, wenn eine neue Mitte-Links Regierung mit der ArbeiterInnenklasse und der Jugend in Konflikt gerät..

78. Portugal steht, angesichts einer verzweifelten wirtschaftlichen Situation, mit Sicherheit an der Schwelle einer sozialen Explosion. Zusammen mit der Streikwelle in Belgien und der sich entwickelnden Opposition gegen die Regierung Blair in Britannien weisen diese Ereignisse auf eine explosive und günstigere Situation die sich in Europa entwickelt hin, in der wir unsere Sektionen aufbauen und stärken können.

SCHLUSSFOLGERUNGEN UND AUFGABEN

79. In Europa und international ist es klar, das eine neue und günstigere Phase zunehmender Schwierigkeiten für den Kapitalismus und wachsender Stimmung für Widerstand durch die ArbeiterInnenklasse nun begonnen hat. Die nächste Periode wird unvermeidlich auch viele widersprüchliche Merkmale haben, die zur Folge haben, dass die ArbeiterInnenklasse durch Kämpfe, Organisation und politisches Bewusstsein Fortschritte macht, während es gleichzeitig andere Komplikation und Rückschläge gibt. Allerdings bieten sich neue und größere Möglichkeiten die unseren Sektionen Gelegenheiten geben werden wichtige Fortschritte zu machen, unseren Einfluss zu stärken und die Mitgliedschaft vieler unserer Sektionen zu stärken.
80. Es wird nötig sein, dass unsere Sektionen unsere Interventionen schärfen und kühne Initiativen ergreifen. Wir werden in der Lage sein, in den sich entwickelnden Klassenkämpfen eine wichtige Rolle zu spielen, wenn wir auf korrekter Weise intervenieren. Dies ist deutlich geworden an dem Beispiel der großartigen Intervention von Joe Higgins und den GenossInnen in Irland beim Arbeitskampf der Beschäftigten von Irish Ferries. Es ist besonders wichtig dass wir bei solchen Interventionen nicht nur unser allgemeines Programm und unsere Methoden erklären. Wir werden in der Lage sein, einen großen Einfluss in Kämpfen der ArbeiterInnenklasse zu haben wenn wir richtige und spezifische Vorschläge machen, wie die stattfindenden Kämpfe organisiert und

geführt werden können. Wenn wir in betrieblichen und sonstigen Bewegungen intervenieren, müssen wir gewährleisten dass unsere Taktik und unsere Forderungen auf allen Ebenen der Sektionen vollständig diskutiert und bilanziert werden.

81. Die nächste Periode wird uns viel bessere Möglichkeiten bieten, unsere Sektionen aufzubauen, als es irgendwann in Laufe des letzten Jahrzehnts der Fall war. Wir müssen uns auf schnelle Veränderungen und Sprünge im politischen Bewusstsein gefasst machen und bereits sein, die notwendigen Schritte zu unternehmen um zu intervenieren, wenn solche Veränderungen stattfinden.
82. Das CWI hat keine allgemeingültige Taktik die in jedem Land angewendet wird ohne die spezifischen vorherrschenden Bedingungen zu berücksichtigen. Allerdings drängt sich in vielen Ländern die Frage des Bedürfnisses nach neuen Arbeiterparteien als zentrale Frage auf. Es ist von entscheidender Wichtigkeit dass unsere Sektionen die Taktiken, die wir anwenden müssen, um mit dieser wichtigen Frage umzugehen, immer wieder überprüfen und bilanzieren.
83. Die Wenden hin zur WASG in Deutschland und zur P-SOL in Brasilien haben bereits wichtige Gewinne für die jeweiligen Sektionen gebracht. Die Initiativen die wir in Britannien und Belgien gestartet haben um große Kampagnen zum Aufbau neuer Arbeiterparteien anzustoßen, zeigen die Art von Initiativen, die wir ergreifen müssen, wenn es nötig ist.
84. Vor allem ist es wichtig, dass alle Sektionen besondere Aufmerksamkeit der Gewinnung und Ausbildung einer neuen Generation von GenossInnen widmen. Die Intensivierung der Jugendarbeit muss eine der Hauptprioritäten unserer Sektionen sein. Wir müssen besondere Maßnahmen ergreifen um die neue Generation von Mitgliedern politisch zu integrieren und zu entwickeln. Dies muss die wichtigste Priorität in der Arbeit aller Sektionen und Mitglieder in der nächsten Periode sein.
85. Die nächste Periode wird und wesentlich bessere Gelegenheiten geben um unsere Sektionen zu stärken und um die Bekanntheit des CWI zu steigern.

UMBRÜCHE IN CHINA

Schon vor dem Auftreten der kürzlich erlebten Spannungen zwischen China und Japan war China im Mittelpunkt des Interesses der ganzen Welt.

Dies ist jetzt noch stärker der Fall. Der japanische Premierminister Koizumi hat, angesichts großer Demonstrationen in China und Angriffen auf japanische Geschäfte, einige Forderungen aus Beijing erfüllt und sein "tiefstes Bedauern" für die Kriegsverbrechen, die in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges vom japanischen Imperialismus begangen wurden, ausgesprochen. Hinter diesen Demonstrationen in Shanghai und einigen anderen Städten (siehe vorherige Berichte auf der CWI-Website) steckt ein gewaltiger Konkurrenzkampf zwischen der emporkommenden Macht China und Japan, unterstützt durch die USA, um die Vorherrschaft in Asien.

In diesem Konflikt hat das chinesische Regime an tiefverwurzelte Gefühle des chinesischen Nationalismus appelliert. Diese Gefühle entstammen dem berechtigten Glauben der ChinesInnen, dass sie im Laufe der Geschichte Opfer zahlreicher Ungerechtigkeiten waren, die ihnen durch die kapitalistischen Mächte des Westens zugefügt wurden. Sie verstehen, dass China eine bedeutende Macht war – in vielerlei Hinsicht sogar weiter entwickelt als der Westen – vor der Entwicklung des Kapitalismus in Europa und der darauf folgenden Besetzung Chinas durch den Imperialismus und seinen Verbündeten. Hinzu kommt das furchtbare Leiden der Menschen in China unter dem japanischen Imperialismus vor allem in den 1930er Jahren und während des Zweiten Weltkrieges. Deswegen haben seitdem anti-imperialistische und vor allem anti-japanische Gefühle eine wichtige Rolle in der "chinesischen Psyche" gespielt. In einigen Fällen hat sich dieses Element in einem fortschrittlichen Sinne manifestiert. So demonstrierten zum Beispiel im Mai 1919 StudentInnen in Beijing gegen die Übergabe deutscher Kolonien an Japan im Rahmen des Vertrages von Versailles. Was als anti-japanische Demonstration begann verwandelte sich rasch in eine Massenbewegung gegen den schwachen, rückwärtsgewandten und autoritären chinesischen Kapitalismus der damaligen Zeit. Die herrschende Elite heute fürchtet einen ähnlichen Verlauf der jüngsten Demonstrationen und bemühte sich, diese schnell wieder zu beenden.

Angesichts des Untergangs der stalinistischen Ideologie blieb dem zunehmend kapitalistischen Regime Chinas alleine der Nationalismus als verlässliches Mittel um China zusammen zu halten. Dazu haben sie sich auf die Geschichte bezogen. Mao stützte sich ebenfalls auf den chinesischen Nationalismus, genau wie Deng Xiaoping, der geistigen Vater von Chinas Entwicklung hin zum Kapitalismus, der "patriotische Museen" ins Leben rief, die sich hauptsächlich mit japanischen Gräueltaten beschäftigten. Auf ähnlicher Weise gingen anti-japanische Proteste der Revolution auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahre 1989 voraus – ein Ausdruck davon, wie Demonstrationen gegen den japanischen Militarismus sehr schnell in Kritik des chinesischen Regimes umschlagen können.

Die jüngsten Demonstrationen speisen sich aus dem Reservoir des legitimen Unmutes der ChinesInnen aufgrund der Gräueltaten, die die japanische herrschende Klasse an sie verübt hat, dennoch erfuhren diese Demonstrationen zumindest ein Stück weit Unterstützung seitens der Regierung. Wer in China Demonstrationen organisiert, muss meistens mit sofortiger Festnahme rechnen. Es gab eine Reihe von Faktoren, die zu diesen Demonstrationen geführt haben. Die herrschende Klasse Chinas war verärgert über Japans Forderungen nach einem Sitz im UN-Sicherheitsrat, über die Weigerung des japanischen Premierministers Koizumi, sich auf angemessene Weise für die Kriegsverbrechen Japans zu entschuldigen, über die Remilitarisierung Japans und über den Konflikt um Zugriff auf Energieressourcen im südchinesischen Meer. Offenbar wurden bereits 17 Mal Entschuldigungen für japanischen Kriegsverbrechen ausgesprochen, doch diese waren immer wenig überzeugend und haben auf chinesischer Seite eher mehr Wut verursacht. So wird etwa das Massaker von Nanjing, bei dem 1937 Schätzungsweise 300.000 ChinesInnen durch japanische Streitkräfte ermordet wurden, in japanischen Schulbüchern lediglich als "Zwischenfall" bezeichnet.

Es ist möglich dass Koizumi angesichts der Demonstrationen in China und der Befürchtung, dass sich diese Situation, etwa wenn es zu einem Boykott kommt, negativ auf die Wirtschaft beider Länder auswirken könnte, versuchen wird, die Situation vorübergehend zu beruhigen.

Die Sachfragen, die die Demonstrationen ausgelöst haben, bleiben jedoch ungelöst.

DIE CHINESISCHE WIRTSCHAFT

Diese Ereignisse bewirken eine Zuspitzung wichtiger Fragen geo-politischer und anderer Art für China und die Welt. Wird China ein Rettungsanker für

den globalen Kapitalismus sein? Wird das Wachstum der wirtschaftlichen Macht Chinas auch mit einem stärkeren Auftreten in militärischer und diplomatischer Hinsicht einhergehen? Was wird dies wiederum für Asiens und den Rest der Welt bedeuten? Was werden die sozialen und ökologischen Kosten des massiven Wachstums sein, sowohl für China selbst als auch für die Welt als Ganzes? Vor allem, aus Sicht von SozialistInnen und MarxistInnen, stellt sich die entscheidende Frage nach der chinesischen ArbeiterInnenklasse und ihre Chancen für die Schaffung eigener, unabhängiger Organisationen, Gewerkschaften und Parteien.

Die Frage, wie diese potentiell mächtige Kraft wenn nicht zufriedengestellt doch wenigstens im Zaum gehalten werden kann, ist das Dilemma, ja sogar der Alptraum, der die chinesische Elite heimsucht. Sicherlich ist es richtig, dass in China auch weiterhin ein wirtschaftliches Feuerwerk abgebrannt wird, durch das die chinesischen Massen geblendet und in Schach gehalten werden. Dies wird wiederum beeinflusst werden durch die Beziehungen Chinas zum Rest der Welt sowie zu den anderen Riesen oder Mächtegern-Riesen Asiens – Indien und Japan – und vor allem zur dominanten Weltmacht, dem US-Imperialismus. Seit über 25 Jahren marschiert die stalinistische Elite Chinas fortwährend in Richtung einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Im Zeichen des bekannten Ausspruches von Deng Xiaoping “Es ist egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, so lange sie Mäuse fängt”, entschied die “pragmatische” stalinistische Elite in der Chinesischen Regierung dass dies die einzige Möglichkeit für China war, aus der wirtschaftlichen Sackgasse zu entkommen, in die ihre bürokratische Herrschaft geführt hatte. Zu diesem Zweck wurde sie gezwungen, massiven Ausländischen Direktinvestitionen (ADI) und den damit einhergehenden Technologien die Tür zu öffnen. Besonders diese Technologien haben phänomenale Wachstumsraten ermöglicht, vor allem in Guangdong, im Pearl River Delta, im Shanghai-Yangtze Delta, in Beijing und in anderen Gegenden in denen ausländischen Investitionen eine wichtige Rolle gespielt haben.

Von dieser Entwicklung haben auch die chinesischen Massen in einem gewissen Maße profitiert. Sie bekamen, vor allem in den Städten, Zugang zu mehr Konsumgütern, außerdem erlebten viele Teile der Bevölkerung einen Anstieg des Lebensstandards. Für andere Schichten hat es wiederum große Verschlechterungen gegeben. Die Ungleichheiten sind weitaus höher als noch unter dem alten stalinistischen Regime.

China hat jedoch einen weiten Weg vor sich, bevor es den westlichen Kapitalismus einholt. Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Huang Ju wies auf der Milliardärsversammlung von Davos im Januar 2005

darauf hin, dass die Wirtschaftsleistung Chinas aktuell \$1.6 Billionen beträgt, und bis 2020 auf \$4 Billionen ansteigen könnte. Noch wichtiger, sagte er “als besserer Indikator des Wohlstandes”, wird sich die Wirtschaftsleistung pro Kopf bis dahin auf \$3.000 pro Person belaufen. Vielleicht unbeabsichtigt, weist der chinesische Regierungsvertreter damit auf den verarmten Zustand der Masse der chinesischen Bevölkerung hin, die auch in 15 Jahren weiter bestehen wird. Dies trifft jedoch nicht auf die Elite zu, die dabei ist, sich in die neue kapitalistische Klasse zu verwandeln. Der größte Teil der Wirtschaftsleistung (ca. 60 Prozent) wird inzwischen vom Privatsektor erwirtschaftet.

ILLUSIONEN

Ungeachtet dessen wird China in einigen Kreisen in der neokolonialen Welt als “Modell” eines erfolgreichen Entkommens aus der ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit gehandelt. Teile der “radikalen” oder gar “linken” Intelligenz scheuen auf der Suche nach einem Ausweg aus der Sackgasse des Großgrundbesitzes und des Kapitalismus eindeutige sozialistische und marxistische Ideen und betrachten China als Modell für die Zukunft. Das gleiche gilt für einige Parteien, so wie die Kommunistische Partei Indiens – Marxisten (CPM), die den Standpunkt vertritt, dass die “Mischwirtschaft” Chinas auch für Indien ein Entwicklungspfad darstellt. Es ist unglaublich, dass die CPM, eine Partei die angeblich für die Verteidigung der ArbeiterInnen und Armen in Indien steht, ein System – nämlich den sich entwickelnden chinesischen Kapitalismus und Imperialismus – loben kann, das eine rücksichtslose Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse und der Armen Chinas betreibt.

Dieses “Projekt” hat nichts auch nur ansatzweise “kommunistisches” oder “sozialistisches”. Es ist ein besonders böses Beispiel aus der heutigen Zeit für die “primitive kapitalistische Akkumulation” die Marx am britischen Kapitalismus beschrieben hat. Diese beinhaltet verschärfte Ausbeutung, sogar Super-Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse. Mit wenig oder gar keine Organisationen um der Offensive des Kapitals etwas entgegen zu setzen, zahlt die ArbeiterInnenklasse einen furchtbaren Preis in Form von niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten und drastischen Auswirkungen im Bereich Gesundheit und Sicherheit (ein Beleg hierfür sind die 6.000 Bergarbeiter die jedes Jahr in China ums Leben kommen). Nicht zuletzt sind auch die fatalen Auswirkungen auf die Umwelt zu nennen – sowohl für China als auch für die Welt als Ganzes. Die “kommunistischen” Führer in Indien haben den selben Weg eingeschlagen, in dem sie multinationalen Konzernen vergünstigte

Bedingungen in Westbengal anbieten, dort wo sie an der Regierung beteiligt sind. Sie haben die marxistische Opposition gegen die von der Sozialdemokratie vertretene Mischwirtschaft nie verstanden. Es kann sein, dass sie ihren Mitgliedern sagen, dass durch diese Politik wäre nur eine provisorische Maßnahme. In Zukunft, wenn die Bedingungen dafür günstiger sind, werde sich die Wirtschaft in eine stärker sozialistische oder kommunistische Richtung bewegen. Im Gegenteil: der Kompass zeigt für die Zukunft Chinas in genau die andere Richtung, nämlich in Richtung erbarmungsloses Wachstum des Kapitalismus und systematischer Abbau des staatlichen Sektors.

Dies schließt aber nicht aus, dass das chinesische Regime, unter dem Druck der Massen oder angesichts einer ernsthaften ökonomischen Krise, gezwungen sein wird, den Privatisierungsprozess vorübergehend auszusetzen oder gar einige Betriebe wieder zu verstaatlichen. Solche Maßnahmen sind allerdings, wie Beispiele aus Russland, Japan oder auch anderen Ländern in den 90er Jahren gezeigt haben, vom Charakter her "staatskapitalistisch". Kapitalistische Regierungen können schwächende Industriezweige übernehmen, wieder aufbauen und anschließend wieder dem Privatsektor übergeben. Nur ein Revolution – und zwar eine vom Charakter her sozialistische und demokratische – durch die chinesische ArbeiterInnenklasse und Armen kann den Marsch Chinas in Richtung Kapitalismus aufhalten und das Land stattdessen auf den Weg zum Sozialismus bringen. Dies wurde ein Stop des katastrophalen Kahlschlags der staatlichen Industrie beinhalten, ebenso eine Wiederverstaatlichung privatisierter Bereiche der Wirtschaft, ein Ende des Einparteiensystems, und, durch ArbeiterInnen- und BäuerInnendemokratie, die Errichtung einer wirklich sozialistischen Planwirtschaft.

Es stimmt, dass die Europäische Union es vorgezogen hat, China nicht als "vollwertige Marktwirtschaft" zu klassifizieren. Dies liegt zum Teil daran, dass in China, zumindest intern, das "neoliberale" Modell des Kapitalismus noch nicht vollständig umgesetzt worden ist – es gibt nach wie vor einen bedeutsamen staatlichen Sektor. Des Weiteren ist es nicht "offen" und "transparent" genug; es ist nicht bereit, dem ausländischen Kapital innerhalb seiner Grenzen komplett freie Hand zu lassen. Nichtsdestotrotz ist China auf dem Weg zu einer vollständig kapitalistischen Wirtschaft und zu einem kapitalistischen Staat, weit vorangeschritten.

Es existieren weiter bedeutende Hindernisse die dem Abschluss dieses Prozesses im Wege stehen, in Form des Widerstandes der ArbeiterInnenklasse. Ein weiteres Hindernis ist das Wesen des Kapitalismus selbst, mit Rezessionen oder Abschwüngen, manchmal katastrophaler Art. Angesichts eines Systems das zunehmend kapitalistisch ist, ist China jetzt

auch einigen dieser Widersprüche und Krankheiten ausgesetzt, die sonst im Kapitalismus üblich sind – Aufschwünge gefolgt von Rezessionen oder Abschwünge.

China könnte am Rande eines solchen Zusammenbruchs stehen, da es einige der Merkmale aufweist, die vor dem Crash 1997 auch in den betroffenen südostasiatischen Ländern festzustellen waren. Die Konjunktur ist “überhitzt” mit massiven “Überkapazitäten”, deutlich sichtbar anhand der zahlreich leeren und halbleeren Gebäuden und Fabriken in Schanghai und anderen städtischen Zentren. Der Bankensektor ist wacklig und sieht sich wachsender Feindseligkeit seitens kapitalistischer Rivalen gegenüber, mit Forderungen nach “Schutz” vor chinesischen Gütern aus Ländern die unter den Auswirkungen der scheinbar unaufhaltsamen chinesischen Wirtschaftslokomotive leiden oder dieses zumindest behaupten. Nicht zuletzt unter den Problemen, mit denen sich die herrschende Klasse Chinas konfrontiert sieht, ist die Tatsache zu nennen, dass die ArbeiterInnenklasse und die Armen nicht auf ewig die Sklavenlöhne und -bedingungen hinnehmen werden, die ihnen im Moment zugemutet werden. Sogar einige ausländische kapitalistische Investoren haben, aus Angst vor massiven sozialen Unruhen und die Auswirkungen, die dies für ihre Profite haben würde, und auch als Reaktion auf Druck der ArbeiterInnenbewegung in den westlichen Ländern, einen Anstieg chinesischer Niedrigstlöhne gefordert. Sie sind sogar so weit gegangen, “Gewerkschaften” zu gründen, selbstverständlich von der zahmsten Sorte. Chinas zukünftige Entwicklung wird deswegen wahrscheinlich alles andere als ruhig und harmonisch sein.

CHINA ALS WELTMACHT?

China wurde schon als möglicher Rettungsanker des Weltkapitalismus gefeiert, vor allem für den Fall eines ernsthaften Wirtschaftsabschwunges oder einer Krise.

Schon jetzt stellt es einen bedeutsamen Anteil an der weltweiten Industrieproduktion. Dennoch ist es nur für sieben Prozent der weltweiten Fabrikproduktion verantwortlich, obwohl einige kapitalistische “Think Tanks” prognostizieren, dass dieser Anteil in den nächsten zwei Jahrzehnten auf 25 Prozent ansteigen könnte. Bedeutsam ist, dass erwartet wird, dass das Wachstum in Zukunft zunehmend durch einen massiven Anstieg der Binnennachfrage nach Konsum- und Industriegütern seitens der Bevölkerung von 1.3 Milliarden erzielt werden soll, anstatt, wie bis jetzt, durch Kapital und Export von Konsumgütern.

All das setzt natürlich voraus, dass Chinas ökonomische Fähigkeiten gleichmäßig steigern und dass diese Steigerung durch andere kapitalistische und imperialistische Mächte, die Rivalen Chinas sind, wohlwollend hingenommen wird. Aufgrund dessen bezweifeln einige Kommentatoren die Möglichkeit, dass China zukünftig zu einer dominanten Weltmacht aufsteigen könnte – es liegt an dem zur Zeit begrenzten ökonomischen Gewicht Chinas. Doch andererseits ist jetzt, nur wenige Jahre nach dem Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation WTO, der Einfluss Chinas auf den Welthandel nach Meinung der Financial Times “nicht mehr nur bedeutsam, sondern entscheidend”. In Märkten wie die für unedle Metalle, Schiffsbau, Kokskohle, Sojabohnen und andere landwirtschaftliche Produkte, ist China entweder zum dominanten Preisführer oder wenigstens zu einem mitentscheidenden Faktor in diesen Sektoren geworden.

Die kolossalen Wachstumsraten – 9.5 Prozent im Jahre 2004 – stellen einen Magneten für weltweite kapitalistische Investition dar und sind unentbehrlich, zum Beispiel, als Wachstumsmotor für Asien. China hat zwar einen riesigen Handelsüberschuss gegenüber den USA, gegenüber den anderen asiatischen Ländern hat es jedoch ein Defizit. Aus der Sicht Japans könnte China die politische und wirtschaftliche Stabilität Asiens bedrohen und, vor allem, den Anspruch Tokios auf regionale Dominanz in Frage stellen. Ein Indiz für diese Bedrohung, sowohl für die USA als auch für Japan, ist die Tatsache, dass China nun “den größten Beitrag zur Erholung des Exports in Asien leistet” (Asia Times).

China ist eine Fertigungsbasis für relativ technologiearme Güter die aus anderen asiatischen Ländern importiert werden um dann als technologisch hochwertigere Güter in die amerikanischen oder europäischen Märkte wieder exportiert zu werden. China hat Japan von Platz 3 der wichtigsten Handelsnationen (gemessen am Gesamtvolumen des Handels) hinter den USA und Deutschland verdrängt. Des weiteren hat China Japan überholt um zum wichtigsten Handelspartner der USA aufzusteigen. Gleichzeitig ist es die chinesische Zentralbank die, zusammen mit der japanischen, den US-Dollar stützt, trotz der riesigen Defizite, die sich in den USA aufgetürmt haben. Dies ist eine inoffizielle Gegenleistung – der Preis den asiatische Kapitalisten zahlen müssen, um den US-Markt lebhaft zu halten. Der ehemalige US-Finanzminister Larry Summers hat diesen Zustand treffend als instabile “Balance des finanziellen Terrors” bezeichnet

Einige Kommentatoren haben versucht, die langfristige Bedrohung die China für rivalisierende Mächte darstellt, von der Hand zu weisen, zumindest was den Bereich der Wirtschaft betrifft. Als Grund weisen sie darauf hin, dass der Großteil von Chinas Exporten im technologischen Bereich aus Gütern mit

geringen Profitmargen besteht, etwa DVD-Player und PCs. Das ist zweifellos zum jetzigen Zeitpunkt wahr, angesichts der Tatsache dass sehr viel Forschung, Entwicklung und Innovation entweder von in China ansässigen ausländischen Unternehmen oder von Unternehmen, die teilweise dem chinesischen Staat in Zusammenarbeit mit internationalen Kapitalisten gehören, betrieben wird. Aber die Tatsache, dass China seit so langer Zeit an diesen Prozessen beteiligt ist hat wiederum einen Trieb zur Assimilierung der Technologie der weiter entwickelten Wirtschaften zur Folge gehabt, so wie es in der Vergangenheit bereits in anderen "neu industrialisierten Ländern" zu beobachten war. Die Folgen davon sind dass China in den Bereichen der technologischen und wissenschaftlichen Innovation massive Fortschritte macht, was zum Beispiel in der Stammzellenforschung oder anhand der Anzahl von StudentInnen mit hochwertigen Studienabschlüssen sichtbar ist.

In der modernen Welt ist es ebenso wie schon in der Vergangenheit, unmöglich ein Monopol der technologischen Innovation zu behalten. Diejenigen, die hinter den am "meisten Entwickelten" hinterher hinken leihen oder stehlen sich die Technologien ihrer Rivalen. Das gilt auch für China. Die neue kapitalistische Führungriege hat sehr schnell verinnerlicht, dass alle Maßnahmen gerechtfertigt sind, wenn es darum geht, die Stellung der Kapitalisten und des Staates, der sie in zunehmendem Maße repräsentiert, zu verbessern: "Die einzige soziale Verantwortung eines Unternehmens besteht darin, Profit zu machen," sagt Milton Friedman im Film "Made in China". Der ökonomische Guru Thatchers sagte diese Worte als Rechtfertigung für die brutalen Bedingungen die die chinesischen Massen unter der Knute des internationalen Kapitals zu erleiden haben, aber das gleiche gilt auch für die Beziehungen zwischen einzelnen Kapitalisten und den Staaten, die sie repräsentieren. Ein weiteres Argument ist, dass der US-Imperialismus niemals zulassen wird, dass sich China als Herausforderer seiner wirtschaftlichen und militärischen Machtstellung etabliert.

USA GESCHWÄCHT

Allerdings hat der US-Imperialismus nach dem Irak-Krieg keine so dominante Stellung wie in der Zeit nach dem 11. September 2001. Die Vorstellung einer "unipolaren" Welt, der Dominanz vor allem militärisch aber auch wirtschaftlich einer einzigen Supermacht, den USA, ist ernsthaft untergraben worden. Die USA sind zwar militärisch ein Riese, ökonomisch allerdings nicht. Die wirtschaftliche Lage ist so prekär, vorübergehend gestützt durch den asiatischen Kapitalismus, dass es in jedem anderen Land IWF-Inspektoren mit Kürzungsprogrammen im Gepäck auf den Plan rufen würde. Dies ist der

genaue Gegenteil der Konstellation aus der Vergangenheit, als die überwältigende wirtschaftliche Stärke des US-Imperialismus die Grundlage für die militärische Macht darstellte. 1945 waren die USA zum Beispiel noch für 50 Prozent der Weltproduktion verantwortlich, und drei Viertel der Goldreserven der Welt lagerten in Fort Knox. Diese Stellung ist weggeschmolzen wie der Schnee von Gestern, und die USA wurden, ähnlich wie viele andere "industrialisierte" Länder, durch den Niedergang des Industriesektors und durch Outsourcing in Billiglohnländer wie China ausgehöhlt.

Die Übermacht der USA wurde vor dem Irak-Krieg in einem gewissen Maße toleriert. Die feindselige Haltung der meisten europäischen Bourgeoisien zu der neokonservativen Clique um Bush und Co. im Weißen Haus, die ein Ausdruck sowohl der Antikriegsstimmung der eigenen Bevölkerungen als auch unterschiedlicher Interessenslagen ist, hat sich enorm vertieft. Der Atlantik ist breiter und tiefer geworden angesichts der Konturen einer inner-imperialistischen Rivalität zwischen dem US- und dem Europäischen Kapitalismus (mit Ausnahme einiger europäischer Schoßhunde der US-Regierung, wie Blair in Großbritannien, Berlusconi in Italien und einiger kleinen Fische in Osteuropa), die jetzt sichtbar werden. Nach seiner Wiederwahl startete Bush, durch Condoleezza Rice eine hastige Initiative um "Brücken zu bauen". Aber der Geist ist aus der Flasche entkommen. Die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten sind beschädigt und wurden in mancher Hinsicht durch die Weiterführung des Irak-Krieges sogar noch verschlechtert.

Diese Rivalität unter den imperialistischen Mächten hat mehr Ähnlichkeiten mit den Konflikten rivalisierender Banden imperialistischer Kapitalisten in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg als mit der Situation die für die meiste Zeit der Periode nach 1945 zu erleben war. Damals, angesichts eines antaganostischen Gesellschaftssystems zum Kapitalismus – die geplante Wirtschaft, allerdings unter totalitärer Herrschaft der Bürokratie, in der stalinistischen Sowjetunion – fungierte als Kitt der diese Rivalitäten im Zaum hielt. Kapitalistische Rivalen des US-Imperialismus fanden sich damit ab, seine Dominanz zu dulden und sich unter seinem militärischen Schutz abzuschirmen. Der Fall der Berliner Mauer bereitete dieser Situation ein Ende. Der Kitt hatte sich aufgelöst. In den 1990er Jahren konnten die USA allerdings, aufgrund ihrer überwältigenden militärischen Stärke, eine "unipolare" und auch zunehmend "unilateralistische" Welt regieren. Der Krieg im Irak hat diese Situation allerdings de facto beseitigt. All die unterschweligen Spannungen sind explosionsartig an die Oberfläche gekommen als die Bevölkerungen Europas und der übrigen Welt massenhaft gegen den Irak-Krieg demonstrierten. Die europäischen Bourgeoisien drückten ihre Gegnerschaft zum US-Imperialismus offen aus.

Sie wurden dafür vom US-Verteidigungsminister abschätzig als "Altes Europa" bezeichnet, doch dieser hat sich nach seiner Wiederwahl bemüht, sich mit "Humor" von seinen früheren feindseligen Äußerungen zu distanzieren.

Die selbe Entschlossenheit, den USA entgegenzutreten bildete auch den Hintergrund für die ursprüngliche Entscheidung, das europäische Waffenembargo gegen China aufzuheben. Die Drohung, dies zu tun, erntete allerdings wütenden Widerspruch aus Washington. Als der unglücklich agierende Jack Straw einschritt und das Ganze als "Missverständnis" seitens der USA bezeichnete wurde er von Vertretern der US-Regierung scharf angegriffen. Diese Feindseligkeit seitens der USA und ihren asiatischen Verbündeten wie Japan, hängt teilweise mit der Angst zusammen, dass ein hochgerüstetes China die gegenwärtig vorherrschende geopolitische Ordnung Asiens durcheinander bringen könnte. Diese Ordnung ist natürlich eine, die zur Zeit von den USA und Japan dominiert wird. Japan betreibt eine Politik der Wiederaufrüstung mit dem Ziel, Australien als "Hilfssheriff" der USA in der asiatischen Region abzulösen. Aus deren Sicht stellt das Wachstum der militärischen Stärke Chinas und die Modernisierung der dortigen Streitkräfte eine zukünftige Bedrohung dar.

Das wollen sie mit allen Mitteln verhindern – wie man anhand der erfolgreichen Bemühungen, Europa dazu zu "überreden" (sprich: erpressen), von der geplanten Aufhebung des Waffenembargos gegen China wieder abzurücken. Vor allem die USA haben Druck auf den europäischen Kapitalismus ausgeübt um diese Entscheidung zu treffen indem sie den Teufel zukünftiger chinesischer "Aggression" an die Wand gemalt haben. Als Antwort darauf sagte der Chinesische Premierminister Wen Jiabao, in seiner Rede zum Abschluss des Nationalen Volkskongresses im April: "Chinas Politik der nationalen Verteidigung dient dem Selbstschutz". Die USA wiederum erwiderten darauf bei einem neuerlichen Treffen des US-Pazifik Kommandos, das Verstärken der chinesischen Marine sei "beunruhigend... und mehr als das, was zur Verteidigung notwendig sein dürfte". Das gleiche gilt für die USA, die, entgegen ihren Bekundungen, nicht der Verteidigung der eigenen Grenzen dient wenn sie Länder wie den Irak angreifen. Des Weiteren erscheint der offizielle Verteidigungshaushalt Chinas, \$30 Milliarden im Vergleich zu den Ausgaben des Pentagons in Höhe von \$400 Milliarden fast schon bescheiden.

KONFLIKTTHEMA WAFFEN

Eine Modernisierung von Chinas Waffentechnologien würde mit Sicherheit die chinesische Position im andauernden Konflikt um Taiwan zwischen China

auf der einen und Taiwan und den USA auf der anderen Seite, stärken. Gleichzeitig möchte die riesige US-Rüstungsindustrie ein fast vollständiges Monopol auf den weltweiten Waffenhandel errichten. Einer der Gründe für die aggressive Politik gegenüber China und zugunsten Taiwans ist eben, Taiwan zu einer Steigerung der Rüstungsausgaben zu bewegen, da “es eine stetige Abnahme des Anteils des taiwanesischen Verteidigungshaushalts am BIP während des letzten Jahrzehnts gegeben hat”. (Financial Times.) Das taiwanesische Parlament in der Hauptstadt Taipei zögert seit einiger Zeit mit dem Abschluss eines geplanten Vertrages zum Kauf von Waffen aus den USA. Die USA waren der größte Nutznießer der gesteigerten Rüstungsausgaben. Um Druck auf die TaiwanInnen auszuüben haben die USA Parallelen zwischen der Bedrohung Taiwans durch China und Saddam Husseins Angriff auf Kuwait 1990 gezogen.

Mit der Unterstützung Japans haben sie die Pläne der Europäischen Union zur Aufhebung des Waffenembargos gegen China heftig kritisiert – dies obwohl China jetzt schon militärisches Material aus Russland, Israel und Osteuropa bekommt. Israel wurde gezwungen, von Waffenverkäufen an China Abstand zu nehmen, da die USA drohten, einige Militärhilfen für Israel selbst vorzuenthalten. Alle das, weil “die USA die Befürchtung haben, dass westeuropäische Komponenten, Subsysteme und Technologie Beijing in die Lage versetzen könnte, die eigenen Kommando- und Kontrollsysteme sowie die militärische Informationstechnologie gefährlich nah an das Niveau der USA zu bringen.” (Financial Times.) Ähnlich wie der britische Imperialismus zu seinen Hochzeiten möchte die USA alle Rivalen oder potentielle Rivalen so schwach wie möglich halten; Liliputaner im Vergleich zu Gulliver.

Auf der anderen Seite ist die Behauptung der chinesischen Elite, ihre militärische Modernisierung würde ausschließlich dem “Selbstschutz” dienen, nicht glaubwürdig. Unzweifelhaft wird dabei auf die tiefsitzende Wut über die imperialistische Ausplünderung Chinas in der Vergangenheit angespielt. Der chinesische Premierminister hat gesagt: “In den letzten Jahren, wurde China immer von anderen drangsaliert China hat niemals einen einzigen Soldaten geschickt, um einen einzigen Zentimeter eines anderen Landes zu besetzen.” Der erste Teil dieser Aussage stimmt, der zweite nicht. Was waren die chinesischen Invasionen Indiens und Vietnams anderes als ein Einfallen.

Der Aufbau einer schlagkräftigen Hochseeflotte dient nicht der Unterstützung der Kämpfe der ArbeiterInnenklasse oder der Armen Weltweit, sondern der Verbesserung der Machtstellung des chinesischen Staates zur Verteidigung der imperialistischen Interessen der sich herausbildenden kapitalistischen Elite Chinas. China hat aus Russland wirksame Zerstörer erwor-

ben dessen Raketen mit Überschallgeschwindigkeit gegen andere Schiffe abgefeuert werden können, ebenso wie besonders leise agierende dieselangetriebene U-Boote der Kilo-Klasse. Experten zur Folge könnten diese selbst für die mächtigen US-Streitkräfte eine Bedrohung darstellen.

Dieser Prozess trägt zu einer Veränderung der bisherigen Wahrnehmung Chinas seitens der USA bei. Nach ihrem Amtsantritt 2000 klassifizierte die Bush-Regierung China noch als "strategischen Konkurrenten" der USA. Diese Haltung wurde etwas aufgeweicht als sich China nicht gegen den US-"Krieg gegen Terror" stellte. In Zentralasien kooperierten die beiden Mächte sogar, um diktatorische Regime zu stützen. Nun jedoch macht die Bush-Regierung, wenn nicht in Worten doch auf jeden Fall in der Praxis, die ursprüngliche Doktrin gegenüber China zur leitenden Philosophie der US-Regierung. Dies manifestiert sich etwa in der Opposition gegen die Aufhebung des europäischen Waffenembargos und, was besonders bedeutsam ist, im Konflikt um Taiwan. US-Regierungssprecher haben vor der militärischen Aufrüstung Chinas gewarnt: "Wenn dieser Trend sich fortsetzt, wird sich die Haltung der USA zu China eines Tages eventuell ändern." (Financial Times)

Davon wird zwar in der Zukunftsform gesprochen, aber in Wirklichkeit hat sich in allen Bereichen – militärisch, diplomatisch und wirtschaftlich, die Situation ziemlich dramatisch verändert, oder, wie im Falle der Wirtschaft, sind Tendenzen am Werk (Drohungen mit Protektionismus) die auf einen zukünftigen Bruch hinweisen. In der EU allerdings, und vor allem in besonders wichtigen Ländern wie Deutschland und Frankreich, schaut man gierig auf die zukünftigen Marktpotentiale in China. Schon jetzt macht die EU den USA Konkurrenz um den Rang des wichtigsten Handelspartners Chinas, das Volumen des Handels in beide Richtungen belief sich 2003 auf 135 Milliarden. Die Financial Times kommentierte dies mit den Worten: "Europäische Unternehmen sind darauf aus, Geschäfte in dem Land zu machen, das dabei ist, zur größten Wirtschaft der Welt zu werden. Natürlich waren es auch die europäischen Rüstungsunternehmen, die zu den entschiedensten Befürwortern einer Aufhebung des Waffenembargos gehörten.

GEOPOLITISCHE AUSWIRKUNGEN

Diese Entwicklungen haben sowohl geopolitischen als auch wirtschaftliche Auswirkungen. Das Potential Chinas ist unbestreitbar aber die Realisierung diese Potentials ist viel problematischer. Auf der einen Seiten zeigt China den selben imperialistischen Appetit wie seine Rivalen wenn es, zum Beispiel, die PC-Sparte des US-Computerriesen IBM aufkauft – was zu Schockreaktionen

in den USA führte, und versucht, den US-Energieriesen Unocal zu übernehmen. Gleichzeitig drängt China darauf, den eigenen Einfluss in allen Teilen der Welt zu steigern, aber vor allem in jenen Ländern und Regionen, die reich an Energiequellen und Rohstoffe für Chinas rapide fortschreitende Industrie sind. In der Zeit zwischen 2000 und 2003 war China für fast 40 Prozent des gesamten Wachstums der Weltwirtschaftsleistung verantwortlich.

Lateinamerika ist ein Beispiel für einen möglichen Nutznießer der boomenden Nachfrage nach importierten Rohstoffen in China. Andererseits wurden die dortigen Industrien im Bereich Textilien und Fertigung geringwertiger Güter durch den industriellen Aufschwung Chinas in Mitleidenschaft gezogen, wie die entsprechenden Branchen in der übrigen Welt auch. Gleichzeitig haben Brasilien, Venezuela und Chile und viele andere Länder von mehr Handel mit China profitiert. Vor allem Venezuela – das sich sowohl mit den USA als auch mit dessen Verbündeten in Lateinamerika, wie Kolumbien, die das Chavez-Regime stürzen wollen, in Konflikt befindet – ist scharf drauf, aus Chinas Suche nach zusätzlichen Ölquellen einen Nutzen zu ziehen. Chavez hat angedeutet dass der Handel mit China, der große chinesischen Investitionen in Venezuelas Ölindustrie und Ölexporte nach China beinhaltet, 2005 \$3 Milliarden betragen werde, mehr als eine Verdoppelung gegenüber 2004. Angesichts von Lebensmittelknappheiten aufgrund des maroden Zustandes der Landwirtschaft legt China Wert auf Sojabohnen und Weizen aus Brasilien um die eigene Bevölkerung zu ernähren. Diese Situation kann weder für Lateinamerika, noch für die “unterentwickelte Welt” und noch viel weniger für die gesamte Weltwirtschaft auf Dauer als Rettungsanker dienen. Dennoch versucht sich China sowohl als sich entwickelnde Supermacht als auch als Verteidiger der unterdrückten afrikanischen, asiatischen, und in einem gewissen Maße auch lateinamerikanischen Welt zu profilieren.

Die stalinistische Elite hat bereits in der Vergangenheit diese Rolle sich zu eigen gemacht, durch ihrer Beteiligung an der Konferenz von Bandung 1955, auf dem sich 29 “Blockfreie” Länder Asiens und Afrikas ohne Beteiligung des industriellen Westens trafen. Auf der Suche nach einem Gegengewicht zum Einfluss der USA und des sowjetischen Stalinismus intervenierte der damalige Premierminister Zhou Enlai auf dieser Konferenz als Fürsprecher der neokolonialen Welt. Das Regime von Mao hatte zur damaligen Zeit weder das wirtschaftliche Gewicht noch die Klassenbasis um entscheidend in der neokolonialen Welt einzugreifen. Seit damals hat sich einiges geändert. Einem Kommentar der “Asian Times” zufolge: “betont Beijing weiterhin die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns der Entwicklungsländer als Gegengewicht zum industrialisierten Westen, aber diese Initiativen Chinas

sind nicht mehr durch Ideologie motiviert, sondern durch Versuche, natürliche Ressourcen und politischen Einfluss zu sichern.“ Dies beinhaltet Bemühungen, Märkte und Rohstoffquellen auszudehnen, und dabei die selben Anreize zu verwenden wie die anderen imperialistischen Mächte, nämlich Hilfgelder und Darlehen. China bot Angola kürzlich einen zinsgünstigen Kredit in Höhe von \$2 Milliarden an, um sich bei der Vergabe eines Vertrages für die Förderung eines Ölfeldes vor der Küste den Zuschlag vor Indien zu sichern.

DAS WERBEN VON VERBÜNDETEN

China ist der mit Abstand größte Zahler von Hilfgeldern an Pakistan, und hat in den letzten Jahren bis zu 9 Milliarden Dollar in Form von verschiedenen Hilfsleistungen übermittelt. Dieses Hofieren des Muscharraf-Regime in Pakistan hat mehrere Gründe: “Für China sind das Weiterbestehen und der Erfolg, (des Muscharraf-Regimes) von entscheidender Wichtigkeit für die politische Stabilität in der mehrheitlich muslimischen Region Xinjiang, für den Erhalt einer strategischen Präsenz der chinesischen Marine an der Mekran-Küste in der pakistanischen Provinz Baluchistan - die Lieferwege für das Öl, das die chinesische Wirtschaft braucht, um weiter wachsen zu können, überwachend, und um das in Schach zu halten was sie immer als Hegemonialabsichten Indiens angesehen haben – auch wenn sie dies nie offen zugegeben haben” (Asia Times, 13. April 2005.) Gleichzeitig wird auch Indien hofiert – vor dem Hintergrund der Befürchtung, das es von den USA als regionales Gegengewicht zu China aufgebaut werden soll. Zusätzlich zu den bilateralen Hilfgeldern hat sich Beijing verpflichtet, 100 Millionen Dollar an den asiatischen Entwicklungsfond und an den afrikanischen Entwicklungsfonds zu zahlen. Es hat “Friedens-” Truppen in das Kriegsgebiet Liberias entsendet, und versprochen, die Schulden von 31 afrikanischen Staaten mit einem Gesamtwert von 1,3 Milliarden Dollar zu streichen. Ein Drittel von Chinas Handel entfällt auf Asien und Afrika. Ein kürzlicher Besuch des nigerianischen Präsidenten Obasanjo ist nur ein Ausdruck von Chinas Interesse daran, für die rasant wachsende heimische Wirtschaft Zugriff auf die Ressourcen Afrikas und der neokolonialen Welt zu bekommen.

In Prozenten ausgedrückt sind die Exporte Chinas noch klein, und das BIP beträgt weniger als ein Viertel von dem Japans. Des weiteren ist China zwar als Standort eines massiven Wachstums im Industriesektor, vor allem durch ausländische oder teilweise in ausländischem Besitz befindliche Firmen von entscheidender Bedeutung. Der Binnenmarkt in China ist aber nicht von beson-

derer Bedeutung, weder für die USA noch für die Weltwirtschaft. So haben US-amerikanischen Konzerne im Jahre 2003 fast genauso große Profite erzielt – in einem Markt mit einer Bevölkerung von nur 19 Millionen, und in Taiwan und Südkorea – mit zusammen 70 Millionen Menschen sogar noch mehr, als in China mit einem potentiellen Markt von 1.3 Milliarden Menschen. Das alles lässt die Möglichkeit einer finanziellen Implosion Chinas zunächst außer Acht. Deswegen ist China im Moment noch nicht in der Lage, die USA als neue “Supermacht” abzulösen, dennoch stellt es auf Grundlage des Kapitalismus für die herrschende Klasse der USA und deren traditionellen Verbündeten in Japan dar.

Als Japan in den 1870er Jahren anfang, gegenüber dem Westen aufzuholen, fing es an, sich eine dominante Stellung in Asien aufzubauen, das “Modell” für die Erfüllung des pan-asiatischen Traumes von der Befreiung der Region von den “ausländischen Kolonialmächten”. Die herrschende Klasse Japans betrachtete ihr chinesisches Pendant als schwach, eine gebrochene Macht die zum Spielball verschiedener imperialistischer Mächte geworden war, die das Land zerstückelt und sein Reichtum und seine Ressourcen ausgebeutet hatten. Japans “Mission” war es, China mittels der eigenen Technologie, die im Tross einer Eroberungsarmee eingeführt werden sollte, zu retten. Dieser Traum wurde in den 1930er Jahren und durch den Zweiten Weltkrieg zerstört, als China, vor allem die stalinistischen Kräfte Mao Zedongs mit seiner Bauernguerilla, Japan besiegten, das auch vom US- und britischen Imperialismus vernichtend geschlagen wurde.

Der US-Imperialismus ließ Japan als Gegengewicht zum stalinistischen China aus den Ruinen dieser Niederlage auferstehen, und erlaubten dem Land eine erstaunliche wirtschaftliche Erholung, gleichzeitig wurde der Wiederaufbau einer Armee und einer Kriegsmaschinerie die der ökonomischen Macht des Landes entsprachen de facto verhindert. Nun haben sich diese Zwänge gelockert, angesichts der Entwicklung Chinas zu einer Bedrohung für Japan und auch für die USA als dominante Macht im asiatisch-pazifischen Raum. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen und militärischen Macht verstärken die USA und Japan die “bilaterale Sicherheit” in dem die “pazifistische” Haltung Tokios im gemeinsamen Interesse verändert werden – um die Entwicklung eines immer stärker werdendes China zu verhindern. Die Asia Times weisen darauf hin: “Für die USA ist China das einzige Land mit einem großen Potential, die globale Dominanz der USA im 21. Jahrhundert zu bedrohen. Für Japan könnte China eine Bedrohung für die politische und ökonomische Stabilität in Asien werden, was die Glaubwürdigkeit Tokios als führende Wirtschaftsmacht der Region bedrohen könnte.”

Die Konzentration der Bush-Regierung auf den Irak hat den Einfluss des US-Imperialismus in Ostasien untergraben. Ein Beleg hierfür ist das Patt beim Thema Nordkorea – eine Krise, die mehreren regionalen Mächten (etwa Japan und Südkorea) einen Vorwand liefern könnte um ihre eigene atomare “Abschreckung” zu entwickeln. China hat – nicht zuletzt um zu vermeiden, dass Japan Atomwaffen entwickelt – die Koreakrise benutzt um sein gestiegenes diplomatisches Gewicht in der Region unter Beweis zu stellen. Auf ähnlicher Weise hat China eine neue diplomatische Offensive angestoßen um neue Handelsverträge im ostasiatischen Raum zu vereinbaren, und hat dabei Japan übergangen, das traditionell neben dem US-Imperialismus die führende Wirtschaftsmacht der Region gewesen ist.

ÖKONOMISCHE KRISE STEHT BEVOR

China kauft vor allem aufgrund des hohen Wirtschaftswachstums so viel aus Asien. 38 Prozent der Importe sind Rohstoffe, darunter Agrarprodukte, Chemikalien, Mineralien, Metalle und Textilien. Die anderen 62 Prozent der chinesischen Importe bestehen aus verarbeiteten Produkten wie Elektronik, Maschinerie, Ausrüstung und Instrumente. Die Zolldaten des Festlandes zeigen, dass fast 50 Prozent aller Güter, die nach China importiert werden, für arbeitsintensive Weiterverarbeitung und anschließendem Wiederexport gedacht sind. Die Schlüsselfrage ist jedoch: kann diese Situation angesichts der Höhe der Wachstumsraten Chinas, von Dauer sein? Dies ist in der Tat sehr problematisch. China wird “Die USA wahrscheinlich als Hauptmarkt für asiatische Exporte ablösen und allmählich zu einem wichtigen Investor in der Region werden”. (Chi Lo.)

In der Tat hat China bereits bedeutende Investitionen in Asien getätigt; 2003 gab es 510 Projekte mit Direktinvestitionen in anderen Ländern, mit einem Gesamtwert von knapp über zwei Milliarden Dollar, ein Anstieg von 112,3 Prozent gegenüber 2002. Das Limit könnte aber erreicht sein. Einige Schätzungen sagen einen Rückgang des Wirtschaftswachstums auf drei oder vier Prozent pro Jahr voraus. Ganz so weit wird es vielleicht nicht unbedingt absinken, aber selbst eine Rückgang der ungefähr in dieser Größenordnung liegt, würde ausreichen, um den Kapitalisten Asiens und der übrigen Welt gehörig die Finger zu verbrennen, angesichts ihrer übermäßigen Abhängigkeit von China in der aktuellen Zeit. Die Asia Times schreibt dazu: “Chinesischen Wirtschaftswissenschaftlern zufolge stammen 50 Prozent der Konsumgüter, die täglich in den USA gekaut werden, aus China”. Gleichzeitig würde ein Schrumpfen der chinesischen Wirtschaft katastrophale Folgen haben: “Der

Unterschied zwischen einem Wachstum von neun Prozent und einem von vier Prozent in China beträgt unglaubliche \$65 Milliarden an jährlicher Wirtschaftsleistung. (Asia Times.)

Nichtsdestotrotz hat der US-Kapitalismus, durch seinen Finanzminister John Snow, China mit "Vergeltungsmaßnahmen" gedroht für den Fall, dass es nicht einlenkt und "Währungsflexibilität", also eine Aufwertung der chinesischen Währung Renminbi akzeptiert. Zur Zeit ist die Währung noch an den Dollar gebunden aber die USA möchten die riesige chinesische Exportwirtschaft durch eine Aufwertung der Währung unterbieten. Dadurch würden chinesische Güter teurer und, zumindest theoretisch, für die Kundschaft, auch in den USA, weniger attraktiv machen. Dadurch bekämen die USA, und auch andere, eine Atempause und eine Chance, verlorene Märkte wieder zu erobern.

Dies ist aber in erster Linie eine Illusion. Der letzte G7-Gipfel hat China zur Ergreifung solcher Maßnahmen aufgefordert, obwohl China als mittlerweile zweitgrößte Wirtschaft Asiens nicht mal mit am G7-Tisch saß. China ist weiterhin von dieser Idee "nicht überzeugt", sogar der Asienredakteur der italienischen Tageszeitung "La Stampa" argumentiert: "Eine Aufwertung der Yuan um fünf bis zehn Prozent (würde bedeuten, dass) der Dollar weiter sinken und der Euro weiter steigen würde. Man kann nicht sicher sein, ob das überhaupt irgendwelche Arbeitsplätze in den USA retten würde, aber "heißes Geld" das in China rein- und rausfließt könnte sehr wohl die chinesische Wirtschaft und dadurch auch das globale Finanzsystem aus dem Gleichgewicht bringen. China ist sich nicht sicher, ob es, oder überhaupt jemand, außer einigen Währungsspekulanten, irgendwie davon profitieren würde."

Um die Rufe nach einer Begrenzung der mächtigen Wirtschaftsmaschinerie Chinas zu besänftigen hat das chinesische Regime "Quoten" etwa für Textilexporte eingeführt. Das wird die immer stärker werdende protektionistische Lobby in den USA und anderswo wahrscheinlich nicht zufrieden stellen. Diese Trends, zusammen mit der Instabilität des "finanziellen Gleichgewichts des Terrors", könnten zu einer Wiederholung der asiatischen Wirtschaftskrise von 1997 führen, nur wäre dieses Mal China im Epizentrum davon, mit entsprechend massiven Folgen für die Region und Welt.

Einige kapitalistischen Ökonomen argumentieren sogar, dass der Renminbi vielleicht gar nicht überbewertet ist. China ist einer der Hauptgläubigern der US-Defizite. Martin Wolf warnte in der Financial Times am 20. April die USA: "es wäre eine Dummheit, die Hand, die einen füttert, zu beißen." Wirtschaftliche Turbulenzen könnten die Folge sein wenn "der offizielle inter-

nationale Kreditfluss unterbrochen (wird). Zu den Folgen würden mit fast hundertprozentiger Sicherheit ein Kollaps des Dollars, höhere Preise im Inland, steigende Zinssätze, fallende Immobilienpreise, ein großer Anstieg der privaten Konkurse und, nicht zuletzt eine scharfe Rezession in den USA.“ (Seine Quelle ist Professor Nouriel Roubini von der Universität New York).

BEZIEHUNGEN ZU CHINAS NACHBARN

Wie wir bereits gesehen haben, beginnt China sich diplomatisch und auch militärisch zu behaupten. Großmächte haben stets das Bedürfnis gehabt, durch ein starkes Militär ihrem wirtschaftlichen Gewicht Nachdruck zu verleihen.

China expandiert zwar wirtschaftlich um die ganze Welt, hat aber noch nicht die militärische Macht um dem gerecht zu werden. Es ist nicht möglich, die Macht der Volksbefreiungsarmee über Taiwan hinaus zu projizieren – einem Inselstaat vor der Südostküste Chinas, den Beijing als abtrünnigen Teil des eigenen Territoriums betrachtet. (Die Suche nach Waffentechnologien in Europa ist ein Versuch, diesen Umstand zu korrigieren.) Aber wie in anderen Bereichen auch führen die Versuche Chinas, eine dominante Stellung in Asien zu erlangen, zu Reibungen mit Japan, und was noch viel wichtiger ist, mit dem US-Imperialismus.

Die Beziehungen zwischen Japan und China scheinen paradox. Wir haben gesehen, wie weit die beiden Wirtschaften ineinander verschränkt und voneinander abhängig sind. Und dennoch findet gleichzeitig zwischen den beiden Riesen etwas statt, dass man nur als einen kalten Krieg im Mini-Format bezeichnen kann. Einige Kommentatoren haben diese Beziehung als “politisch kalt und wirtschaftlich warm” charakterisiert. Die Besuche des japanischen Premierministers Koizumi beim Yasukuni Kriegsdenkmal, wo auch einige der schlimmsten japanischen Kriegsverbrecher beerdigt sind, ist Teil eines Versuchs, den nationalistischen Flügel des politischen Establishments im eigenen Land zu hofieren und ihre Gegnerschaft zu seinen neoliberalen Reformen zu neutralisieren. Diese Besuch haben jedoch heftige Kritik provoziert, sowohl in China als auch in Südkorea, die beide in der Vergangenheit auf furchtbarer Weise unter dem japanischen Imperialismus gelitten haben. Gleichzeitig gab es in Japan eine fremdenfeindliche Welle gegen sogenannte “chinesische Verbrechen”. Einige wenige Morde durch in Japan wohnhafte chinesische Staatsangehörige wurde von rechten Politikern zum Anlass genommen, um den Eindruck zu erwecken, dass der größte Teil der Verbrechen in Japan von “Ausländern” begangen wird, während in Wirklichkeit 97 Prozent der Verbrechen durch japanischen Staatsangehörige begangen werden.

Das was als "chinesische Bedrohung" wahrgenommen wird, zusammen mit der Bedrohung durch Nordkorea (das sogar über Japan und über dem japanischen Meer Raketen abgefeuert hat), hat der herrschenden Klasse Japans die Gelegenheit gegeben, nationalistische Gefühle zu schüren. Das Ergebnis davon ist, dass 58 Prozent der JapnerInnen nun "Angst davor haben, was China langfristig vorhat". (The Guardian, London) Der japanischer Außenminister bat kürzlich Israel darum, Waffenverkäufe an Japans "Nachbarn" einzustellen – gemeint ist damit China. Die Regierung hat die "Bedrohung von Außen" zum Anlass genommen, eine Wiederaufrüstung zu betreiben, um in der Lage zu sein, "China Paroli zu bieten". Gleichzeitig hat der japanische Verteidigungsminister Pläne erstellt, im Falle eines Angriffs auf umstrittene Inseln vor der japanischen Südküste 55.000 Soldaten dort hin zu entsenden. Wie ein Kommentator feststellte "gibt es keine Frage, wer der wahrscheinlichste Angreifer sein würde." Diese Entwicklungen stellen eine tiefgreifende Veränderung dar – die schleichende "De-Pazifizierung Japans – ein Ausdruck des wachsenden Willens des japanischen Kapitalismus, eine ihrem Gewicht entsprechende Rolle in der internationalen Politik zu spielen. In diesem Zusammenhang ist auch die Entsendung einer symbolischen Anzahl von Truppen nach Osttimor, Aceh, und nun auch in den Irak zu sehen – es geht darum, die öffentliche Gegnerschaft zu Auslandseinsätzen, die 50 Jahre lang Tabu waren, schrittweise abzubauen.

Das chinesische Regime hat die Aufrüstung Japans verwendet, um anti-japanische, nationalistische Gefühle zu schüren. Die ehemals "Kommunistische" Partei Chinas, die nun die Ideologie des Stalinismus und des "Sozialismus" (obwohl sie es immer noch nützlich finden, diesen Begriff manchmal einzusetzen) den Rücken gekehrt haben, verlässt sich auf chinesisch-nationalistische Ressentiments um ihr Handeln zu rechtfertigen, vor allem in der Außenpolitik. Anfang 2005 benannten die neuen verteidigungspolitischen Richtlinien Japans zum ersten Mal China als eine mögliche Bedrohung: "China, das einen großen Einfluss auf die Sicherheitslage der Region ausübt, hat seine Atom- und Raketentechnologie ebenso modernisiert wie die Marine- und Luftstreitkräfte, außerdem hat es seinen Einsatzgebiet auf dem Meer ausgedehnt." Japan unternimmt Vorstöße um umstrittene Inseln, die am Ende des Zweiten Weltkrieges von Russland besetzt wurden, zurückzubekommen, und bereitet sich auch auf ein Kräftemessen mit China über umstrittene Gebietsfragen vor.

Die USA sind potentiell in der selben Situation wie Japan, nur in einem viel größeren Maßstab. Der scheinbar endlose Strom von billigen Gütern hat dem US-Kapitalismus sehr geholfen, da es die Konsumsteigerungen in den USA

aufrechterhalten hat. Die niedrigen Preise dieser Güter fungierten als deflationärer Faktor für die Weltwirtschaft als Ganzes, und haben, wie auch die kapitalistische Globalisierung als Ganzes, die Gefahr der Inflation, die die Weltwirtschaft in den 70er Jahren heimsuchte, minimiert. Dies hat wiederum einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass die US-Notenbank die Zinssätze auf einem historisch niedrigem Niveau halten konnte. Der US-Imperialismus führt gerade einen komplizierten Drahtseilakt aus. Er ist wirtschaftlich von China abhängig, transnationale US-amerikanische Firmen tätigen dort große Investitionen, sowohl im Exportbereich als auch für den wachsenden Binnenmarkt.

Wie wir bereits gesehen haben fungiert der chinesische Staat, zusammen mit dem japanischen, durch das Kaufen von US-Staatsanleihen als Hauptgläubiger der kolossalen Defizite der USA. Dazu kommt noch ein neues Abkommen, zwar bis jetzt nur in Umrissen vorliegend, für eine Freihandelszone zwischen China und dem zehn Staaten umfassenden Bund Südostasiatischer Nationen (ASEAN). In der Vergangenheit lehnten die USA dieses Vorhaben ab, da sie es als Bedrohung für ihre wirtschaftliche Dominanz der Region ansahen. Aber angesichts der Konzentration auf den Irak-Krieg hielten sich die USA mit Reaktionen zurück als China vor zwei Jahren die Pläne für diese Freihandelszone wieder ins Gespräch brachte. Sollte ein solches China-ASEAN-Projekt tatsächlich gegründet werden, als Rivale zur EU und der nordamerikanischen Freihandelszone (NAFTA), würde es die halbe Weltbevölkerung umfassen und es könnte eine ernsthafte Bedrohung für die anderen ökonomischen Blöcke darstellen. Die USA werden diesen Plan wahrscheinlich, wenn nicht mit Verachtung begegnen, doch sicherlich probieren, diesen Versuch, China und die südostasiatischen Länder zusammenzubringen, zu untergraben. China wird es andererseits als Keil gegen die USA benutzen, mit der impliziten Drohung gegenüber Japan dass es in dem Fall das es nicht mitmacht (wie auch die USA) von einem "Dialog" sowohl über geopolitische Angelegenheiten in der Region als auch über wirtschaftliche Entwicklungen ausgeschlossen werden wird. Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, wie China seine diplomatische und militärische Macht analog zum wachsenden ökonomischen Gewicht immer mehr ausspielt.

TAIWAN

Ein weiteres Konfliktfeld ist Taiwan, das schon in der Vergangenheit immer ein Brennpunkt war, und auch noch das Potential hat, eine schwere militärische Konfrontation in der Region auszulösen. Die Situation hat sich kürzlich

zugespitzt als China ein "Anti-Sezessions Gesetz" verabschiedete, das zu massiven Demonstrationen in Taiwan mit möglicherweise einer halben Millionen TeilnehmerInnen geführt. Einige der Merkmale der Beziehungen Japans zu China sind auch in den Beziehungen Taiwans mit dem Festland festzustellen. Die Position vom "Einem China" die von der Führung in Beijing vertreten wird, bedeutet, dass jeder Versuch einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans zum Auslöser einer militärischen Intervention werden könnte. "Sollten die taiwanesischen Machthaber so weit gehen und einen fahrlässigen Vorstoß unternehmen, dass einen schwerwiegenden Vorfall taiwanesischer Unabhängigkeit darstellt, dann werden das chinesische Volk und die Streitkräfte dies um jeden Preis entschlossen und vollständig unterdrücken." (Verteidigungspolitisches Papier Beijings, 2005.)

Sollte ein Konflikt zwischen China und Taiwan ausbrechen, würde es nicht dort enden. Aufgrund des Verteidigungsabkommens mit Taiwan wären die USA "verpflichtet", Taiwan zu helfen. Dies würde eine Konfrontation zwischen zwei Atommächten bedeuten. Des weiteren würden die USA jede Verteidigung Taiwans von Japan aus starten, wo sie militärische Stützpunkte und 50.000 Soldaten haben, so dass auch Japan in den Konflikt hineingezogen und die ganze Region ins Chaos gestürzt würde. Das vorrangige Ziel der USA ist die Verteidigung der eigenen strategischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen: "Als sie in Tokio gefragt wurde, warum die USA immer noch so viele Truppen in Okinawa stationiert haben sprach (Condoleezza Rice) sofort über den Aufstieg Chinas. Weiter implizierte sie, dass die Verbindungen der USA zu Japan, Südkorea und Indien dazu dienen, sicherzustellen, dass sich China nicht daneben benimmt" (Financial Times 23. März 2005.) Selbst eine chinesische Militärblockade der Schifffahrt in der Straße von Taiwan würde massiven Schaden für die Wirtschaften beider Länder und des übrigen Asiens bedeuten. Ein US-Vertreter warnte, dass ein Konflikt zwischen China und Taiwan "die globale Elektronikindustrie massiv treffen würde" (Financial Times).

Die Position des US-Imperialismus hat nichts mit Unterstützung für die taiwanesisch "Demokratie" oder Selbstbestimmung zu tun. Der primäre Zweck ist die Sicherstellung der Stabilität in der Region, und aus diesem Grund wurde Druck auf die taiwanesisch Regierung ausgeübt, ihre pro-Unabhängigkeits-Rhetorik zu mildern. Aber obwohl die ökonomischen Interessen heutzutage deutlich mehr auf dem Festland liegen, könnte der US-Imperialismus nicht tatenlos zusehen, falls China versuchen sollte, Taiwan mit Gewalt zurückzuerobern. Eine Weigerung, Taiwan zu Hilfe zu kommen wäre de Facto das Ende der US-Dominanz in Asien, mit schwerwiegenden Folgen

für die wichtigsten Verbündeten in der Region – z.B. Japan, Südkorea, die Philippinen und Australien.

Ein solcher Konflikt schien in der Vergangenheit schon kurz bevor zu stehen. 1991 beschossen sich beide Seiten über die Straße von Taiwan hinweg mit Granaten. Noch wichtiger war die Ankündigung des Präsidenten Taiwans, für den Fall eines Stimmenzugewinns seiner regierenden Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) bei den Wahlen Ende 2004 Maßnahmen zu ergreifen die de facto auf eine taiwanesishe Unabhängigkeitserklärung hinausgelaufen wären. Dies scheint sich mit der Haltung eines wachsenden Anteils der taiwanesischen Bevölkerung zu decken, da der Anteil derjenigen, die sich ausschließlich als TaiwanInnen sehen, von 17 Prozent auf 41 Prozent angestiegen ist, während statt 26 Prozent nur noch sechs Prozent sich als ChinesInnen fühlen. Von einem elementar demokratischen, geschweige denn marxistischen oder sozialistischen, Standpunkt aus gesehen, sollten die Menschen in Taiwan das Recht haben, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden – frei von kriegerischen Drohung von wem auch immer, und von militärischer Einmischung, sei es aus Beijing oder aus Washington.

Die Tatsache, dass das Gebiet Taiwans in der Vergangenheit zu China “gehörte”, spielt bei der Entscheidung seiner Zukunft keine ausschlaggebende Rolle. Wie jede andere Bevölkerung auch haben die Menschen in Taiwan ein Recht auf Selbstbestimmung. Wie aus Artikeln von Laurence Coates auf der CWI-Website hervorgeht, scheint die Bevölkerung zwischen zwei bürgerlichen Blöcken gespalten zu sein: Die “Grünen”, die eine taiwanesishe Identität fördern, sind gegen eine Vereinigung mit dem Festland, während die “Blauen” und die KMT generell als weiter rechts stehend gesehen werden (obwohl der Unterschied in der Praxis nicht so groß ist) die eine schnellere Integration mit China befürworten.

Die Position des CWI und des Marxismus ist, dass keines dieser beiden Lager einen Fortschritt für die ArbeiterInnenklasse anbieten kann. Wir verteidigen das Recht der TaiwanInnen selbst zu bestimmen, was für Beziehungen sie zu den Nachbarstaaten und zu der restlichen Welt haben. Einheit zwischen den Menschen Taiwans und Chinas, die starke historische, kulturelle und nun auch wirtschaftliche Verbindungen haben, mag wünschenswert sein, aber nicht wenn es von oben herab durch eine kapitalistische Elite erzwungen wird. Gleichzeitig müssen die taiwanesischen Massen zu der riesigen aufstrebenden ArbeiterInnenklasse Chinas Verbindungen knüpfen und ihre Unterstützung gewinnen, da diese deutlich weniger nationalistisch und auf ein Krieg mit Taiwan aus ist, als die städtischen Mittelschichten und die Intellektuellen. Andernfalls besteht eine echte Gefahr, dass jede breite Bewegung hin zu einer

formalen Unabhängigkeitserklärung einen vernichtenden Krieg mit Beijing auslösen könnte.

Einer der Gründe für die aggressive Haltung Beijings gegenüber Taiwan ist die Angst vor ähnlichen oppositionellen und separatistischen Bewegungen auf dem chinesischen Festland. In dem sie Taiwan drohen, warnt die chinesische Regierung potentiell rebellierende nationale oder kulturelle Gruppen von Widerstand abzusehen. Allerdings haben die muslimischen Uighur-Minderheiten und die Minderheiten in Xinjiang sowie jeder andere Teil der Bevölkerung Chinas, die sich vom Zentralstaat unterdrückt fühlt, genauso eine Recht auf Selbstbestimmung wie die TaiwanesInnen.

Beijing hat die Taiwan Frage benutzt, um wieder einmal die nationalistische Karte auszuspielen, um die Bevölkerung hinter die Regierung zu bringen und von Kritik an anderen Missständen abzulenken – wie etwa die mangelnde Demokratie, die mangelnden nationalen und demokratischen Rechte im übrigen China, unter der muslimischen Bevölkerung, in Tibet usw. Nach den taiwanesischen Wahlen hat die DPP ihre Haltung gemildert und die Situation hat sich etwas entspannt. Die Gefahr einer militärischen Eskalation ist aber noch nicht gebannt. Im September 2004 waren die Spannungen zwischen China und Taiwan sehr groß, als der taiwanesischer Premierminister sagte: “Wenn ihr uns mit 100 Raketen trifft, dann werden wir mit 50 Raketen zurückschlagen. Wenn ihr Taipei oder Kaohshung trifft, dann treffen wir Shanghai.”

DIE ROLLE DER CHINESISCHEN MASSEN

Während diese kriegerischen Drohungen ausgesprochen werden, und beide Seiten den Nationalismus verwenden, um von den sozialen Problemen im eigenen Land abzulenken, ist die wirtschaftliche Integration Taiwans mit dem Festland eine Tatsache. 2002 überhole China Japan und Taiwan und stieg zum zweitgrößten IT-Hardware Exporteur der Welt auf. Der steile Anstieg der IT-Exporte Chinas deckt sich fast vollkommen mit dem Import von IT-Komponenten aus Taiwan. China ist nun der größte Exporteur von IT-Gütern in die USA, jedoch mehr als 60 Prozent dieser Exportgüter werden in China von taiwanesischen Firmen hergestellt. Dies unterstreicht die Bedeutung der “Auslandschinesen” wovon Investoren aus Taiwan einen bedeutenden Anteil darstellen. Taiwanesischer Firmen beschäftigen 10 Millionen Menschen auf dem Festland. Gleichzeitig wird Taiwan als Lieferant von Importgütern nach China nur von Japan übertroffen. Nichtsdestotrotz ist der Interessenkonflikt so groß, vor allem zwischen China, Japan, und den USA zusammen mit ihrem Verbündeten Taiwan, dass die Region ein Brennpunkt für einen großangeleg-

ten Konflikt ist. Dabei geht es nicht um einen Kampf für die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der ArbeiterInnenklasse und der armen Bauernschaft, sondern um das politische Überleben der rivalisierenden herrschenden Eliten.

Diese Ereignisse beweisen auf eindrucksvoller Weise dass die chinesischen Massen nicht mehr länger als passive Instrumente zur Realisierung der Ziele des chinesischen und des internationalen Kapitals gesehen werden können. Es gibt einige Parallelen zum Prozess der Privatisierung, oder besser gesagt des unverschämten Diebstahls, kollektiver Staatsgüter in der ehemaligen UdSSR und in Osteuropa. Es gibt allerdings auch große Unterschiede. Im Falle der UdSSR und Osteuropas brachte eine schnelle Einführung eines “wilden Kapitalismus” den größten wirtschaftlichen Zusammenbruch in der Geschichte des Kapitalismus. Das Ergebnis in China war bis jetzt, wie wir gesehen haben, völlig anders – ein endloses ökonomisches Feuerwerk, dass die ganze Welt beeindruckt hat. Im Falle der UdSSR gab es eine massive Verarmung, in China aber einen bedeutenden Anstieg des Lebensstandards, vielleicht für die Mehrheit zumindest der städtischen Bevölkerung.

Des weiteren gibt es Unterschiede was das Bewusstsein betrifft. In Russland und Osteuropa war die Diskreditierung des stalinistischen Regimes so groß dass die Mehrheit der Bevölkerung die Rückkehr zum Kapitalismus unterstützte oder zumindest duldete. Nachher bereuten sie diese Entscheidung. Das Bewusstsein in China ist komplizierter. Der entscheidende Unterschied ist, dass China einen längeren Weg hinter sich hat, eine etwas kontrolliertere Entwicklung zum Kapitalismus mit all den Widersprüchen, die damit einhergehen. Dies wiederum bedeutete eine längere Erfahrung der chinesischen Massen mit dem Kapitalismus und die zumindest teilweise Zerstreuung der Illusionen breiter Schichten der Bevölkerung, wie ihre Zukunft unter diesem System aussehen wird

Das Bewusstsein in China ist nicht das selbe wie in Russland, sondern vielleicht eher mit dem in Großbritannien des 19. Jahrhunderts oder mit dem der russischen ArbeiterInnenklasse vor der Revolution von 1905 vergleichbar. Die Wirtschaft macht, den reinen Statistiken zur Folge, Fortschritte, aber auf dem Rücken der chinesischen Massen und auf Kosten ihres Schweißes und ihres Leidens. Sie hatten bereits über zwei Jahrzehnte um anzufangen, Schlussfolgerungen über das Wesens dieses Systems zu ziehen. Natürlich ist die erste Priorität der Massen der Aufbau einfacher Organisationen, nämlich Gewerkschaften, mit denen sie die Offensive des Kapitalismus in Schach halten können, mit Zähnen und Krallen rot vor Blut, “vampirartig” wie Marx es schon vor 130 Jahren beschrieb, mit seinem Drang, massive Profite aus der

Arbeitskraft der ArbeiterInnenklasse herauszusaugen. Diese Entwicklungsstufe des Kampfes ist unumgänglich und der Widerstand der Massen wächst. Den offiziellen Regierungsstatistiken zufolge gab es im letzten Jahr in China 58.000 Vorfälle von Demonstrationen, Streiks und anderen oppositionellen Aktionen. Dies stellt einen Anstieg um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr dar. Vor kurzem erhob sich ein ganzes Dorf aus Protest gegen schwerwiegende Umweltverschmutzung. Sie organisierten Massendemonstrationen und gerieten in Folge dessen mit der Polizei aneinander. Mindestens zwei ältere Frauen wurden dabei getötet, Dies ist ein Vorbote von dem, was kommen wird.

Allerdings haben die Proteste trotz der großen Anzahl der Teilnehmenden noch keine koordinierte Form angenommen, weder auf nationaler Ebene noch in irgend einer bedeutenden Region oder in einem wichtigen städtischen Ballungsgebiet. Sollte dies passieren, und es wird passieren, dann könnte es den Funken darstellen, der die kommenden Revolution der chinesischen ArbeiterInnenklasse und Bauernschaft auslöst. Dies wird Elemente von dem haben, was wir in der russischen Revolution von 1905 gesehen haben, ebenso wie von den heroischen Unternehmungen der chinesischen ArbeiterInnenklasse in der Vergangenheit, vor allem der chinesischen Revolution von 1925–27, als die Massen, die bis dahin wie Nutztiere gehalten wurden, die Bühne der Menschheitsgeschichte betreten.

Im Laufe dieser Bewegung wird die ArbeiterInnenklasse verallgemeinerte Schlussfolgerungen ziehen, eine Führung auswählen, eine alternative Partei suchen, und Beispiele aus der Vergangenheit finden um ihre heutigen Kämpfe zu inspirieren. Sie werden einen Weg zu echten demokratischen und sozialistischen Ideen finden, unterfüttert durch eine marxistische Analyse und unbesudelt durch die verzerrten Ideen und Methoden des Stalinismus. In dem sie dies tun, können sie einen Weg finden, um ihre Situation zu verändern. In anderen Worten: der wahre Marxismus, wie er von Lenin und Trotzki, Marx und Engels verstanden wurde, wird von der chinesischen ArbeiterInnenklasse wiederentdeckt werden, vor allem zunächst durch die neuen frischen Schichten.

Des weiteren ist der Kapitalismus in China aus ökologischer Sicht nicht aufrecht zu erhalten. Das ist nicht die Schlussfolgerung von MarxistInnen, sondern der staatlichen chinesischen Umweltschutzbehörde, die offiziell ein Zweig der Regierung ist. Der stellvertretende Vorsitzende der Behörde, Pan Yue, sagte: “Wenn wir weiter den Weg der traditionellen industriellen Zivilisation gehen, gibt es keine Chance auf eine nachhaltige Entwicklung. Chinas Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt haben bereits die Grenzen von dem, was sie verkraften können, erreicht.” In den letzten 20 Jahren ist der

Ölverbrauch um 100 Prozent angestiegen, der Erdgasverbrauch um 92 Prozent, der Stahlverbrauch um 143 Prozent, bei Kupfer sind es 189 Prozent und bei Aluminium 380 Prozent. Während China 21 Prozent der Weltbevölkerung hat, hat es nur einen Bruchteil der globalen Reserven an Öl, Erdgas, Eisenerz, Aluminium und anderen Ressourcen. Historisch haben die Befürworter des Kapitalismus die Idee verbreitet, dass "Industrialisierung gleich Wohlstand" ist, und dementsprechend "Landwirtschaft gleich Armut". Dies ist aber nur das wahrscheinliche Ergebnis im Kapitalismus; "Wenn China so Leben will wie die USA, bräuchten wir dazu die Ressourcen von vier Welten". (Liang Congjie, Chinas führender unabhängige Umweltschützer) Das ist aber eine Schlussfolgerung die auf den Kapitalismus basiert. Sozialistische und demokratische Planung könnte allen Menschen ein Lebensstandard "wie in den USA" geben, auf Grundlage umweltfreundlichen und nachhaltigen Wachstums. Nicht nur China, sondern die ganze Welt schreitet nach einer echten demokratischen Arbeitsteilung auf Grundlage von Planung und Verwaltung der Entwicklung der Welt. Dies ist nicht möglich solange eine Handvoll Milliardären mit ihren Regierungen und ihrem System die Gesellschaft beherrschen. Nur durch die Masse der Bevölkerung, durch ihre demokratischen Organisationen und VertreterInnen handelnd um die Situation zu verändern, kann China und die Welt vor dem zerstörungswütigen Kapitalismus gerettet werden. Eine solche Welt ist möglich, wenn die Massen die Ereignisse selber in die Hand nehmen und die Gesellschaft in einem sozialistischen Sinne umgestalten. Dies ist die gewaltige Aufgabe der sich die chinesische ArbeiterInnenklasse in der kommenden Periode annehmen wird.

Peter Taaffe

ist Generalsekretär der Socialist Party in England und Wales und Mitglied im Internationalen Sekretariat des Komitees für eine Arbeiterinternationale (Committee for a Workers' International – CWI).

CHINA – NEUE “GROSSMACHT” ODER NEUE REVOLUTION?

Bis vor kurzem wurde China als wirtschaftliche Hauptrettungsleine des Weltkapitalismus angesehen. Massive Auslandsinvestitionen, rücksichtslose Ausbeutung einer Flut von billigen Arbeitskräften – der Mindestlohn in Guangdong zum Beispiel beträgt 17,40 Euro pro Woche (35 Cent pro Stunde) – erzeugen ein endloses Angebot billiger Konsumgüter, die im wesentlichen von US-Verbrauchern verschlungen werden.

Westliche Verbraucher wiederum konnten diese chinesischen Waren kaufen, weil ihnen billige Kredite nachgeschmissen werden, die ihrerseits durch eine instabile Immobilienseifenblase gestützt werden, die jeden Augenblick platzen kann. Das hat Bill Gates – den Chef von Microsoft und reichsten Kapitalisten auf der Erde – nicht daran gehindert, die chinesische Führung begeistert zu feiern: “Es ist eine brandneue Form des Kapitalismus und für Verbraucher ist es das beste, was je passierte.”

Gates gewährte daher dem Regime in Beijing die Unterstützung seines Unternehmens bei der Unterdrückung der wachsenden Massenrevolte in China. Gefährliche Wörter und Ausdrücke wie “Freiheit” und “Demokratie” sollen in China durch ein Softwarepaket aus dem Internet entfernt werden, das Blogger (Schreiber von Weblogs, Anm.) daran hindert, diese und andere politisch sensible Wörter auf ihren Websites zu verwenden.

Das Wort “Demonstration” ist tabu; aber “Anarchie” und “Revolution” sind akzeptabel. Blogger können Tony Blair angreifen, aber nicht chinesische FührerInnen, und “Tienannen” ist völlig out.

China war zweifellos entscheidend bei der Verlängerung des Wachstumszyklus des Kapitalismus in der vergangenen Periode – ohne China hätte es bereits eine massive finanzielle und wirtschaftliche Implosion in den USA gegeben. Der “Economist” kommentierte: “Der Eintritts Chinas, Indiens und der früheren Sowjetunion in die Weltwirtschaft hat praktisch das weltweite Arbeitskräftepotenzial verdoppelt (China steuert mehr als die Hälfte dieses Zuwachses bei).” (30. Juli 2005)

Der Kapitalismus hat bei der selben Kapitalmasse viel mehr ausbeutbare ArbeiterInnen weltweit. Das Ergebnis ist eine riesige Zunahme der Profite der

Großkonzerne und ein Rückgang des verhältnismäßigen Anteils, den die ArbeiterInnenklasse von dem Reichtum erhält, den sie erzeugt. Zum Beispiel sind die Profite in den USA gemessen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) die höchsten in den letzten 75 Jahren.

Sind die US-Kapitalisten China dafür dankbar? Überhaupt nicht! Plötzlich hat es einem Teil der Eigentümerklasse in den USA gedämmert, dass China kein gutartiger und untergeordneter “Partner” ist, sondern ein “strategischer Konkurrent”.

Martin Wolf kommentierte in der “Financial Times”: “Das Gespenst eines aufsteigenden Chinas verfolgt wieder Washington. Das ist die Hauptlehre, die ich aus einer gerade in den USA verbrachten Woche gezogen habe.” Das ist die Erklärung für den jüngsten Ausbruch von “Sinophobie” im US-Kongress, für die Drohung mit wachsenden Handelssanktionen, wenn China nicht zu Kreuze kriecht.

ZUSAMMENSTÖSSE MIT DEN USA

Der Zusammenstoß zwischen China auf der einen Seite und Europa und den USA auf der anderen, zuerst wegen Textilien, dann wegen Schuhen, ist klein im Vergleich zu dem, was in Zukunft passieren kann. China erzeugt schon 40% der Schuhe weltweit – hat aber nur 20% der Füße weltweit – aber es hat die Kapazität, die ganze Welt zu versorgen.

Das spiegelt sich auch in anderen Branchen wieder. China teilt manche Merkmale Deutschland in der Periode vor dem Zweiten Weltkrieg: ein kolossales Produktionspotenzial, um die ganze Welt in manchen Branchen zu beliefern. Deutsche Waren wurden aus von Britannien und Frankreich kontrollierten Märkten ausgeschlossen, die Folge war Arbeitslosigkeit. Die Bedingungen wurden dafür bereitet, dass Hitler an die Macht kam, was zum Zweiten Weltkrieg führte.

Manche Teile der herrschenden Klasse der USA stoßen ähnliche Drohungen gegen China aus. Angesichts des atomaren Gleichgewicht des Schreckens mag ein “heißer Krieg”, bei dem geschossen wird, unwahrscheinlich sein, aber ein schlimmer Handelskrieg ist möglich, besonders wenn der Weltkapitalismus in der nächsten Periode ins Trudeln des wirtschaftlichen Niedergangs geht.

China startet nicht nur in unqualifizierten arbeitsintensiven Fertigungsbereichen durch. Es ist der weltgrößte Erzeuger und Exporteur von Verbraucherelektronik und es ist nur eine Frage der Zeit, bis es ein führender Mitspieler beim Fahrzeugexport wird.

Der Schiffsbau wird jetzt von China beherrscht und der Flugzeugbau wird folgen. Nach einem Bericht ist die US-Marine jetzt beim Bau neuer Schiffe von Asien abhängig und gelegentlich werden Wirtschaftlichkeitserwägungen die US-Luftwaffe zwingen, in Asien gebaute und in China endgefertigte Flugzeuge zu kaufen.

Insgesamt ist China wirtschaftlich immer noch weit hinter den USA zurück, die 2004 ein BIP von 11,75 Billionen Dollar hatten im Vergleich zu den 1,6 Billionen Chinas, was etwa die selbe Größenordnung wie Großbritannien ist. Die US-Wirtschaft ist 7,4-mal so groß wie die chinesische und das BIP pro Kopf in China beträgt nur 1.411 Dollar, während es in den USA 42.000 Dollar beträgt, fast 30 mal so viel.

Aber China holt schnell auf. Ein Wirtschaftsmagazin warnte, dass die USA im Vergleich zu China ein Schwächling würden. Die USA bewachen eifersüchtig ihre vorherrschende Stellung auf der Welt – jetzt als die einzige Hypermacht – und haben immer versucht, Rivalen und mögliche Rivalen einzudämmen, indem sie ihre Wirtschaftskraft und ihre überwältigende Militärmacht nutzen.

Konfrontiert mit einem aufsteigenden Japan in den 1980er Jahren begannen die USA eine ähnliche Kampagne, wie sie jetzt gegen China begonnen wird, die zum Plaza-Abkommen 1985 führte, das zu einer Aufwertung der japanischen Währung (dem Yen) und einer Abwertung des Dollar führte.

Der US-Kongress hat ähnliche Forderungen an China gestellt. "Wertet auf, erhöht den Wert eurer Währung, des Yuan, um 10 bis 25 Prozent oder nehmt Handelssanktionen der USA hin." Aus weitgehend diplomatischen, nicht wirtschaftlichen Gründen, reagierte China mit einer mageren Aufwertung des Yuan um 2 Prozent.

Aber selbst wenn eine 25-prozentige Erhöhung eingeführt worden wäre – was China nicht tun wird – würde das den USA wirtschaftlich nicht merklich helfen. China ist ein Endfertigungspunkt für Importe, weitgehend aus dem Rest von Asien, denen wegen der niedrigen an die chinesischen ArbeiterInnen gezahlten Löhne wenig "Wert hinzugefügt" wird.

HANDELSKRIEG?

Solange dieser Konflikt nicht gelöst ist, droht der Schatten eines Handelskriegs. Manche Kommentatoren wie Henry C. K. Liu in der "Asian Times" gehen weiter und warnen, dass "Handelskriege zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen können". China ist nicht das Japan des 21. Jahrhunderts. Japan in den 1980er Jahren hing von den USA militärisch und

besonders vom atomaren Schutzschirm gegen China ab und konnte deshalb von der herrschenden Klasse der USA unter Druck gesetzt und erpresst werden.

Die Furcht der USA und anderer Kapitalisten der "Ersten Welt" insgesamt ist, dass China eines Tages die wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder bei Hightech-Jobs "niederkonkurrieren" und gleichzeitig den Würgegriff bei den arbeitsintensiven Branchen beibehalten kann. Wie die OECD kürzlich kommentierte: "In der fünfjährigen Periode bis 2003 ist die Zahl der Studierenden, die Hochschulkurse besuchen, um das Dreieinhalbfache gestiegen, wobei das Schwergewicht bei technischen Fächern liegt."

Die Zahl der Patente und der Ingenieure, die China hervorbringt, ist ebenfalls beträchtlich gestiegen. Gleichzeitig braucht ein zunehmend kapitalistisches China – der meiste Reichtum wird jetzt im Privatsektor erzeugt, aber die Mehrheit der städtischen Arbeitskräfte sind noch in Staatsbetrieben beschäftigt – besonders größere Energieressourcen, um die spektakuläre Wachstumsrate beizubehalten und ist im Weltmaßstab mit anderen imperialistischen Mächten, besonders den USA zusammengestoßen.

In einer neuen weltweiten Version des "Großen Spiels" – des Zusammenstoßes im Kampf um die Kontrolle über die zentralasiatischen Ressourcen im 19. Jahrhundert – sind die USA und China zunehmend aufeinander gestoßen und haben einander Stöße versetzt. Bisher haben die USA weltweit die Oberhand behalten wegen ihrer wirtschaftlichen Vorherrschaft, die von einer kolossalen Kriegsmaschine gestützt wird, welche 47 Prozent der gesamten Rüstungsausgaben weltweit ausmacht. Aber der Irak hat dramatisch die Grenzen davon gezeigt: "Ein Land, das den Irak nicht kontrollieren kann, kann kaum auf eigene Faust die Erde neu gestalten." (Financial Times)

Aber keine privilegierte Gruppe verschwindet kampflos von der Bühne der Geschichte. Donald Rumsfeld, US-Verteidigungsminister, hat erklärt: "Da kein Land China bedroht, muss man sich wundern: Warum diese wachsenden (Rüstungs-)Investitionen? Warum diese fortgesetzten großen und wachsenden Rüstungskäufe?"

China könnte die selbe Frage den USA stellen. Um ihre Stellung aufrechtzuerhalten unterhalten die USA sechs atomare Schlachtfloten, die ständig auf See sind, unterstützt von einem beispiellosen Netzwerk von Flottenstützpunkten. Wie Will Hutton im "Observer" kommentierte, liegt das nicht an "irrationalem Chauvinismus oder den Bedürfnissen des militärisch-industriellen Komplexes, sondern an dem Druck, den sie auf Aufsteigerländer wie China ausüben."

Umgekehrt zahlt die chinesische Elite mit gleicher Münze heim. Zum Beispiel erklärte bei den fortgesetzten Zusammenstößen wegen Taiwan ein

Generalmajor der Volksbefreiungsarmee unumwunden: wenn China "von Washington während einer Konfrontation wegen Taiwan" angegriffen würde, "... müssten wir, glaube ich, mit Atomwaffen antworten."

Er fügte hinzu: "Wir ChinesInnen werden uns auf die Zerstörung aller Städte östlich von Xian vorbereiten. Natürlich müssten die USA vorbereitet sein, dass Hunderte ... Städte von den ChinesInnen zerstört werden." Dieses kriegerische atomare Säbelrasseln zeigt die Verachtung der so genannten "Großmächte" für die einfachen Menschen der ArbeiterInnenklasse und BäuerInnenschaft Chinas und die Armen in den USA, wenn es um ihre Interessen geht.

"GROSSMACHT" AMBITIONEN

China könnte binnen eines Jahrzehntes zum führenden Weltexporteur werden und die USA überholen. Es wird zum Hauptanziehungspunkt für den asiatischen Kapitalismus und bindet selbst Australien an sich, dessen Eisenerz, Fleisch und Milchprodukte jetzt für China und nicht Britannien bestimmt sind.

Aber wie werden diese Großmachtambitionen der chinesischen Elite die Interessen des chinesischen Volkes oder der Welt fördern? Im Gefolge des chinesischen Wirtschaftsfeuerwerks der letzten 20 Jahren sind 400 Millionen ChinesInnen aus extremen Armut herausgezogen worden. Aber heute hat China immer noch mehr Arme in absoluten Zahlen als es in ganz Afrika gibt. In den ländlichen Gebieten gibt es 150 bis 200 Millionen Arbeitslose oder Unterbeschäftigte. Das ist nicht das "Modell", dem ArbeiterInnen und BäuerInnen in der neokolonialen Welt folgen sollten, wie manche Leute argumentieren, zum Beispiel Theoretiker der Kommunistischen Partei Indiens.

Das gegenwärtige Regime in China ist zunehmend kapitalistisch, mit einer merkwürdigen Verbindung von wachsender kapitalistischer Wirtschaft (besonders im Exportsektor) und den Überbleibseln der stalinistisch-maoistischen Staatsmaschine, die auch versucht, sich in Richtung Kapitalismus zu bewegen.

Aber die exstalinistische Elite wurde bei der Öffnung der Märkte vor allem von dem Gespenst einer Wiederholung eines sozialen Zusammenbruchs nach dem Vorbild der früheren Sowjetunion verfolgt, der dort die Einführung des wilden Kapitalismus begleitete.

Und der chinesische Kapitalismus ist überhaupt nicht "modern", was die Löhne und Arbeitsbedingungen derjenigen betrifft, die den Reichtum erzeugen, der ArbeiterInnenklasse. Sie leiden unter beispiellosen Verwundungen

und Gemetzeln auf den Mordfeldern der chinesischen Industrie, die an Marx' Beschreibungen der Höllenlöcher des britischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert erinnern.

Henry C. K. Liu drückte die Furcht vor einer Massenrevolte der ArbeiterInnenklasse aus: "Angesichts des Fehlens eines gesunden sozialen Sicherungssystems bei den Schritten des Landes zu einer sozialistischen Marktwirtschaft [?] kann die Kluft zwischen Reichen und Armen unter der chinesischen Stadtbevölkerung eine Bedrohung für die soziale Stabilität werden. Die Abneigung der Bevölkerung gegen die Reichen nimmt die Ausmaße eines Erdbebens an, anders als in den USA, wo die Reichen die beneidenswerte Stellung bewunderter Berühmtheiten genießen." (Asian Times)

Diese Klassenpolarisierung ist letztlich viel entscheidender für die Zukunft der Welt als die Konfrontation zwischen gierigen imperialistischen Mächten – zu denen jetzt China gehört – für einen neuen Kampf und eine Neuaufteilung der Weltressourcen und -märkte.

Es gab in China eine riesige Zunahme von "Zwischenfällen mit Massenbeteiligung", einschließlich Streiks, die von etwa 10.000 jährlich vor etwa einem Jahrzehnt auf 58.000 2003 und 74.000 2004 angestiegen sind. 3,6 Millionen Menschen waren daran beteiligt.

Trotz aller Bemühungen der chinesischen Elite – mit der Hilfe von Leuten wie Bill Gates – entwickeln sich die Bedingungen für einen Massenaufstand, für das Abschütteln der Fesseln eines autokratischen Regimes, der schändlichen Bedingungen und niedrigen Löhne in den Fabriken und für Demokratie.

Das gegenwärtige politische Erscheinungsbild der Bevölkerung und besonders der ArbeiterInnenklasse ist sehr gemischt. Die Hauptstütze für das Regime ist die Schicht der städtischen Mittelschicht, die durch die Einführung des Marktes aufgeblüht ist. Es gibt auch Illusionen in westliche "Demokratie".

Auf der anderen Seite spiegelt das Bewusstsein der Massen teilweise die Vergangenheit wider, das Kollektiveigentum. Dies hat zu großer Opposition gegen das Hetzen in Richtung Markt geführt; zum Beispiel führt der Verkauf von öffentlichem Boden an gierige Investoren zu scharfer Opposition der Massen. Die Bedingungen in den Fabriken führen auch zu der Idee von unabhängigen Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften.

MÄCHTIGE ARBEITERINNENKLASSE

Bis jetzt hat es in den führenden städtischen Regionen keinen weit reichenden Zusammenstoß zwischen dem Regime und den Massen gegeben. Wenn es

passiert, kann das der Funke für eine Revolution sein, weil es keine Mittel gibt, Unzufriedenheit der Bevölkerung durch demokratische Kanäle zu leiten.

Die chinesische ArbeiterInnenklasse ist jetzt eine potenziell mächtige Kraft. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird eine Massenbewegung nicht entlang der Linien der Oktoberrevolution in Russland 1917 verlaufen, weil die Erfahrungen und das Bewusstsein der Massen begrenzt sind. Auf der anderen Seite könnte es ähnlich sein wie die Revolution 1905, eine "Generalprobe" für 1917; oder auch wie die Streiks von 1896 in Sankt Petersburg, die die Vorbereitung für die späteren Revolutionen in Russland waren.

Das gegenwärtige Regime in China hat nichts gemein mit wirklichem Sozialismus oder "Kommunismus", wie manche seiner fehlgeleiteten Verteidiger argumentieren. Demokratischer Sozialismus wird nur durch eine Revolution zum Sturz der gegenwärtigen Elite möglich sein.

Das Regime, das daraus hervorgehen würde, würde eine Demokratie der ArbeiterInnen und armen BäuerInnen errichten. Es würde auch privatisierte Industrien unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung wieder verstaatlichen, demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung im Staatssektor einführen und die Demokratie durch einen demokratischen sozialistischen Plan zusammenfassen.

Alle nationalen Minderheiten würden nationale und Sprachenrechte erhalten, einschließlich des Selbstbestimmungsrechts des taiwanesischen, uighurischen und tibetischen Volkes. Man würde die den ArbeiterInnen in Asien und der Welt die Hand zur Freundschaft entgegenstrecken.

Das China, das im nächsten Jahrzehnt entstehen wird, wird nicht das sein, das die kapitalistischen Kommentatoren und Experten erwarten. Statt dass eine neue "Großmacht" entsteht, könnte ein ArbeiterInnen- und BäuerInnen-China entstehen und die Welt wirklich in eine sozialistische Richtung umgestalten.



www.chinaworker.org

*Die Webseite des Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale
zur Unterstützung der Kämpfe der chinesischen ArbeiterInnen
(in englischer und chinesischer Sprache).*

Kämpfen Sie mit der SLP für Sozialismus

Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein aktiver Teil der Bewegungen gegen Krieg (z.B. Irak), Sozialabbau (z.B. Pensionsreform 2003), Angriffe auf Frauenrechte (Lucina-Kampagne, 2000-?) und den Kapitalismus an sich (z.B. Salzburg, 2000 und 2001).

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders", wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unserer Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInneninternationale" CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Werde/Werden Sie Mitglied in der Sozialistischen LinksPartei und dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale. Kämpfe/Kämpfen Sie mit uns für Sozialismus.

Sozialistische LinksPartei

Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale
Kaiserstraße 14/11 . 1070 Wien .

Tel. 01. 524 63 10 **Mail.** slp@slp.at **Web.** www.slp.at



VORWÄRTS . Sozialistische Zeitung. Jetzt abonnieren!

Jahresabonnement EUR 18,00 inkl. Porto

Sozialabonnement EUR 10,00 inkl. Porto

(nur für Personen ohne eigenem Einkommen)

Zu bestellen bei

Sozialistische LinksPartei

Österreichische Sektion des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale

Kaiserstraße 14/11 . 1070 Wien .

Tel. 01. 524 63 10 **Mail.** slp@slp.at **Web.** www.slp.at

Broschüren und Bücher der SAV



www.sav-online.de SAV Sozialistische Alternative

Stoppt Nazis und Rassisten

28. S., Programm für den Kampf gegen Rechts

3 EURO



Marxismus und Keynesianismus Welcher Weg aus der Krise?

24 S., Sozialistische Standpunkte der SAV – Nr. 29

1 EURO



Grundsatzprogramm der SAV

36 S., Grundsätzliche politische Einschätzungen und Schlussfolgerungen der SAV

2 EURO



Die Ideen von Seattle und Genua

104 S., broschiert, Texte über: Pierre Bourdieu – Viviane Forrester – Paul Krugman – Naomi Klein – Robert Kurz – Tobin Steuer – Empire – ATTAC – Weltsozialforum

7,50 EURO



Ältere Ausgaben der sozialismus.info

Nr.1: 36 S., Artikel zu WASG, Weltwirtschaft, der Widerstand vom 20. Juli, Sri Lanka...

Nr.2: 44 S., Artikel zu WASG, Perspektiven des sozialen Widersands, EU, Terrorismus....

3 EURO



Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

52 S., Das Versagen der SPD – die Deutsche Revolution 1918 – Wer brachte Hitler an die Macht – Generalstreik 1948 – Krise und große Koalition 1966 – Revolution und Konterrevolution in der DDR 1989/90

2,50 EURO

Alle Preise zzgl. Portokosten.

Bestellungen an:
SAV – Sozialistische Alternative
Littenstraße 106/107
10179 Berlin

oder per e-Mail an: info@sav-online.de

Täglich neue Informationen und Berichte:

sozialismus.info

Die Website der SAV – Sozialistische Alternative

Was will die SAV?

Die Menschheit ist täglich mit Krisen, Kriegen und Katastrophen konfrontiert. Die Widersprüche der Weltwirtschaft reißen Millionen Menschen in Arbeitslosigkeit und Armut. Der weltweite Machtkampf um Märkte, Rohstoffe und Einflussphären bedeutet für den Großteil der Weltbevölkerung Unterdrückung, Ausbeutung, Kriege und einen neuen Rüstungswettlauf. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Reichen werden reicher – weltweit besitzen 358 Milliardäre fast soviel wie 50 Prozent der Menschheit jährlich an Einkommen hat.

Gleichzeitig soll die Masse der arbeitenden Bevölkerung, der Arbeitslosen und der Jugend für die Krise des Kapitalismus die Zeche zahlen: Privatisierungen, Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Lohnverlust.

Die Misere hat System und das System heißt Kapitalismus: die Diktatur der Märkte und Konzerne. Es zählt der Profit für eine kleine Minderheit von Großaktionären und Kapitaleignern. Bürgerliche Parteien, Parlamente und Institutionen dienen deren Interessen und sind vielfältig mit ihnen verknüpft. Es ist höchste Zeit dieser Diktatur Widerstand entgegen zu setzen!

Widerstand

In Betrieben, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung wird dieser Widerstand aufgenommen. Die SAV ist Teil dieser Bewegungen und baut sie mit auf. Wir treten für kämpferische und demokratische Gewerkschaften ein, denn die Gewerkschaftsführung betreibt Co-Management statt konsequenter Interessenvertretung. SAV-Mitglieder sind aktive GewerkschafterInnen und beteiligen sich am Aufbau von innergewerkschaftlichen Oppositionsgruppen und Zusammenschlüssen von kritischen und kämpferischen KollegInnen.

Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Die SPD/Grünen-Regierung hat unter Beweis gestellt, dass sie die Macht und Herrschaft der Banken und Konzerne nicht in Frage stellt, sondern ihre Politik nach den Interessen der Reichen und Superreichen ausrichtet. Die sozialen Sicherungssysteme werden demontiert, Zwangsarbeit wurde eingeführt und Deutschland führt wieder Krieg in aller Welt.

Die Linkspartei.PDS ist keine sozialistische Opposition. Auf Kommunal- und Länderebene beteiligt sie sich an Regierungskoalitionen, die für Sozialkürzungen, Bildungsabbau, Privatisierungen und Arbeitsplatzvernichtung verantwortlich sind.

Seit Mitte der 90er Jahre tritt die SAV deshalb für den Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein. Die Chance der neuen Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) muss genutzt werden. Deshalb bauen wir mit vielen anderen Menschen gemeinsam die WASG auf.

Die WASG wurde Anfang 2005 gegründet. In ihr sind AktivistInnen aus sozialen Bewegungen, GewerkschafterInnen, Mitglieder politischer Organisationen und Initiativen und ehemalige Mitglieder von Linkspartei.PDS, Grünen und SPD organisiert. Sie markiert einen wichtigen Schritt, eine Massenpartei für abhängige Beschäftigte, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen aufzubauen. Die WASG hat heute noch kein sozialistisches Programm. Auch ohne ein solches ist die WASG ein gewaltiger Fortschritt, weil sie ArbeiterInnen und Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich unabhängig von den bürgerlichen Parteien zu organisieren und den Kampf aufzunehmen. SAV-Mitglieder setzen sich in der WASG für einen kämpferischen Kurs, einen demokratischen Aufbau und ein sozialistisches Programm ein. Eine sozialistische Ausrichtung würde es der WASG ermöglichen, Antworten jenseits der kapitalistischen Sachzwänge zu geben.

Sozialismus

Wir kämpfen hier und heute gegen jede Verschlechterung und für jede mögliche Verbesserung. Dieser tägliche Kampf muss aber verbunden werden mit dem Kampf für eine grundlegende sozialistische Veränderung der Gesellschaft.

Eine andere Gesellschaft müsste mit Profitproduktion und Marktkonkurrenz Schluss machen, wenn sie die drängenden Probleme der Menschheit lösen will. Dazu müssten Wissenschaft und Technik planmäßig und den Bedürfnissen von Mensch und Umwelt entsprechend eingesetzt werden. Das ist nur möglich, wenn die Wirtschaft von der Mehrheit der Bevölkerung kontrolliert wird. Kontrollieren kann man nur, was einem auch gehört. Deshalb tritt die SAV für die Überführung von Banken und Konzernen in Gemeineigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung ein. Ein demokratisch aufgestellter Wirtschaftsplan könnte die enormen Ressourcen und das große wissenschaftliche Potenzial im Interesse der gesamten Menschheit nutzen.

Sozialismus braucht Demokratie wie der menschliche Körper Sauerstoff. In der DDR und den anderen stalinistischen Staaten ist nicht der Sozialismus gescheitert, sondern bürokratische Diktaturen der privilegierten Parteiapparate.

SAV und CWI

Dem globalen Kapitalismus stellen wir den globalen Widerstand entgegen. Wir sind Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (CWI), das Mitgliedsorganisationen in über 30 Ländern der Erde vereinigt. Um den Kapitalismus abzuschaffen und durch eine sozialistische Demokratie zu ersetzen, bedarf es einer revolutionären, sozialistischen Masseninternationale. Eine solche Internationale aufzubauen, ist das Ziel der SAV und des CWI. Wir sind demokratisch aufgebaut. Keine gewählte Vertreterin, kein gewählter Vertreter (Vorstandsmitglied, AbgeordneteR) darf mehr verdienen, als einen durchschnittlichen Arbeitnehmerlohn. Es gilt das Prinzip von Rechenschaftspflicht und jederzeitiger Wahl- und Abwählbarkeit.

Mach mit bei den SozialistInnen!

- Ich möchte **weitere Informationen** über euch.
- Ich möchte die **Solidarität - Sozialistische Zeitung** abonnieren. (Kosten und Bedingungen für das Abo: 15 Euro für ein Jahr innerhalb Deutschlands, 20 Euro für ein Jahr außerhalb Deutschlands. Das Abo verlängert sich nach Ablauf um ein weiteres Jahr und kann jederzeit gekündigt werden.)
- Ich möchte ein **Förderabo der Solidarität - Sozialistische Zeitung** mit einer monatlichen Spende von ____ Euro (ab 3 Euro pro Monat).
- Ich will Mitglied der SAV werden.

Dazu ermächtige ich – jederzeit widerruflich – die SAV, 15 Euro/20 Euro oder meine regelmäßige Spende von meinem Konto einzuziehen.

Name KontoinhaberIn Kontonummer

Bank Bankleitzahl

Datum Unterschrift

Name Straße

Postleitzahl und Ort Telefon/Email

Bitte senden an: SAV, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin oder Fax: (030) 24 72 38 04

Mehr Informationen über das

Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale

(Committee for a Worker's International / CWI)

www.socialistworld.net
(größtenteils in englischer Sprache)

www.slp.at
www.sozialismus.info
(größtenteils in deutscher Sprache)